

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Melanjanla 18.

Telephone:  
Tagesredaktion:  
26795, 31469.  
Nachredaktion: 26792.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
baldig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Verbindungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
zahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags (täglich) 1926

6. Jahrgang.

Samstag, 12. Juni 1926.

Nr. 137.

## Der Weg ins Verderben.

Was haben uns die sogenannten Fachleute mit dem Abgeordneten Dvofacek an der Spitze — hierzulande gilt nur der als Fachmann, der das Mitgliedsbuch der nationaldemokratischen Partei in der Tasche hat — nicht davon erzählt, daß der Staat die festen Getreidezölle brauche, um mit dem Auslande leichter zu Handelsverträgen zu kommen! Wenn nur einmal hohe Getreidezölle im Zolltarif sind, dann werden unsere Unterhändler von diesen Zöllen etwas nachlassen können, um dafür das Entgegenkommen der anderen Staaten für unsere Industriewaren zu erkauften. Selbst der Außenminister Beneš hat diese Auffassung mit dem Ansehen gedeckt, das er bei den nichtzollfreundlichen tschechischen Parteien genießt.

Aber schon bei der Eindringung des Zollantrages der apostolischen Mehrheit des tschechoslowakischen Parlamentes, die auf dem Grundsatze beruht: Teueres Brot und hohe Pfaffengehälter, hat sich gezeigt, daß das Argument von der Notwendigkeit der Getreidezölle mit Rücksicht auf die Handelsverträge ein Betrug ist, denn im Artikel V des Gesetzentwurfes wird bestimmt, daß gerade die wichtigsten der beantragten Zölle im Vertragswege nicht herabgesetzt werden können. Wer sich aber noch immer von den Argumenten der Bürgerparteien betören ließ, der sieht nunmehr in dem aufsehenerregenden Schritt der ungarischen Regierung, wonach im Falle der Annahme der Hochschutzzölle „die geplanten Wirtschaftsverhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei als ergebnislos angesehen werden können“, daß die Zollpolitik der tschechischen und deutschen Bourgeoisie die breiten Massen der Bevölkerung aller Nationen dieses Landes schnurstracks ins Verderben führt.

Wer die wirtschaftliche Entwicklung der Tschechoslowakei in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat, der kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß das Wirtschaftsleben des Staates unaufhaltsam seinem Verfall entgegengeht. Die Lebenshaltung der Bevölkerung der Tschechoslowakei beruht auf dem Export von Industrieartikeln, aber der Uberschuß unserer Ausfuhr über die Einfuhr geht Jahr für Jahr zurück. Das Aktivum unserer Handelsbilanz hat im Jahre 1922 mehr als fünf Milliarden, 1925 aber nur noch etwas mehr als eine Milliarde Kronen betragen. Dieser Rückgang setzt sich auch im Jahre 1926 fort, wir haben im ersten Quartal dieses Jahres nicht weniger als zwölf Prozent unserer Ausfuhr verloren. Gerade das wirtschaftliche Verhältnis zu Ungarn zeigt den völligen Zusammenbruch unserer Wirtschaftspolitik. In den acht Jahren des Bestehens der Republik ist es nicht gelungen, mit Ungarn auch nur einen Handelsvertrag abzuschließen! Es ist gar keine Frage, daß wir diesen Handelsvertrag notwendiger brauchen, als die Ungarn. In den ersten vier Monaten dieses Jahres haben wir aus Ungarn Waren für 260 Millionen Kronen eingeführt, aber für 364 Millionen Kronen Waren ausgeführt. Unser Ausfuhrüberschuß betrug also 100 Millionen Kronen. An unserer Ausfuhr nach Ungarn sind insbesondere die Textilindustrie, die in dem eben angeführten Zeitraum für 183 Millionen Kronen Waren nach Ungarn ausgeführt hat, sowie unsere Holz- und Kohlenproduktion, die für 84 Millionen Kronen nach Ungarn ausgeführt hat, beteiligt. Was es für unsere Textilarbeiter bedeutet, wenn nach Ungarn allmonatlich für fast 50 Millionen Kronen Waren verkauft werden, liegt auf der Hand. Aber das kümmert unsere gewinnstüchtigen Grundbesitzer und die nach der Kongruenlisternen Merkmalen sehr wenig: wenn nur die Landbourgeoisie und die Pfaffen genug haben, die Textilarbeiter und Bergarbeiter mögen arbeitslos sein und hungern!

Ein tschechisches Blatt macht schon aus der Bekanntmachung der ungarischen Regierung eine Prestigefrage: es behauptet, die ungarische Regierung wolle sich in die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei einmischen und

## Dauer Sitzung bis in die Morgenstunden.

Gegen 8 Uhr abends Eingang in die Spezialdebatte. — Die Zollabstimmung wird nicht vor 4 Uhr früh beginnen. — Keine Atempause.

Prag, 11. Juni. Die Generaldebatte über die Zölle dauert den dritten Tag an; ein Redner nach dem andern tritt an das Rednerpult. Die Opposition nutzt die ihr zugemessene Redezeit voll aus, immer neue Redner melden sich an und so ändern sich die Voraussetzungen über den Verlauf der Sitzung von Stunde zu Stunde. Anfangs rechnete man damit, die Abstimmung über die Vorlage und die hunderte eingebrachten Änderungsanträge in der Zeit von 9 bis 12 Uhr abends vornehmen zu können. Aber allein die Generaldebatte dauert bis 8 Uhr abends fort.

Gegen Mittag ergreift Genosse Leibl das Wort, um die Zollvorlage namentlich vom Standpunkt der Kleinbauern zu bekräften; aus selbstloser Liebe zu diesen kleinen Landwirten haben ja die Agrarier angeblich die Zollvorlage geschaffen. Genosse Leibl nimmt nun eines dieser schabenscheinigen agrarischen Zollargumente nach dem anderen her und weist deren Haltlosigkeit nach. Dann schildert er die wichtigsten Forderungen der Kleinlandwirte, die er vertritt: Vor allem keine Futtermittelzölle, die die Viehzucht der kleinen Häusler völlig ruinieren müßten; dafür ausreichende staatliche Mittel zur Hebung der agrarischen Produktion, Errichtung von kleinen Musterwirtschaften in allen Bezirken und nicht zuletzt ausreichende Vertretung der Kleinlandwirte in allen landwirtschaftlichen Körperschaften. Die Kleinbauern gehen auf den agrarischen Schwindeln nicht ein und werden sich von der schärfsten Gegnerschaft gegen die Zölle durch alle Lockungen der Großagrarier nicht abbringen lassen!

Nachmittags fand ein Ministerrat statt, der sich mit der Forderung der tschechischen Sozialdemokraten befaßt, die Regierung möge unverzüglich erklären, ob sie durch die Weiterleitung des Gesetzes an den Präsidenten die politische Verantwortung übernehmen wird; auch der aufsehener-

auf die parlamentarischen Verhandlungen der Zollfrage einen Druck ausüben. Als ob es das Ausland gar nichts angehe, was für Zölle wir an unseren Grenzen einheben! Gegen wen richten sich denn die Zölle? Einmal gegen die einheimischen Konsumenten, denen sie die notwendigen Lebensmittel verteuern und das anderemal gegen die fremden Staaten, deren Agrarprodukte sie den Eintritt in die Tschechoslowakei verwehren. Es ist daher selbstverständlich, daß das Ausland für die Höhe unserer Zöllische Interesse hat und es ist ebenso selbstverständlich, daß das Ausland zu Vergeltungsmaßnahmen greifen wird, das heißt, unseren Industriewaren ebenso den Eintritt erschweren wird, wie wir der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte in unser Land Schwierigkeiten bereiten.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sind schon jetzt trostlos. Allein im Kohlenbergbau wurden im Laufe des Jahres 1925, wie die Vertreter unserer Bergarbeiter anlässlich einer Vorrede bei der Regierung angeführt haben, 15.000 Menschen abgebaut. Ebenso hat der ehemalige Handelsminister Dr. Satovec in einem Vortrage jüngst erzählt, daß die Zahl der Beschäftigten in der Textilindustrie um Zehntausende zurückgegangen ist. Seit dem vorigen Herbst ist die Arbeitslosigkeit im Ansteigen. Während die staatliche Statistik — die ja längst nicht die Gesamtzahl der Arbeitslosen erschöpft — im Herbst die Arbeitslosenanzahl mit 40.000 angegeben hat, werden jetzt bereits 70.000 Arbeitslose gezählt. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft ist tief unter dem Niveau der Vorkriegszeit. Aber all das elend der Bevölkerung bildet keine Schranke für den Klassenegoismus des Bürgertums. Mit der größten Leidenschaft betreiben die bürgerlichen Parteien die Gesetzgebung der Zölle, die nicht nur die Brot- und Fleischpreise in die Höhe treiben werden, sondern die uns auch in schwere wirtschaftliche Konflikte mit dem Ausland treiben und die Ausfuhr unserer Industriewaren erschweren werden. So wird

regende Protest der ungarischen Regierung gegen die Zollvorlage wird behandelt. Was beschlossen wurde, ist zur Stunde nicht bekannt.

Gegen 8 Uhr geht die Generaldebatte zu Ende. Das vollbesetzte Haus stimmt einen Antrag Dr. Czech auf Uebergang zur Tagesordnung nieder, ebenso zehn weitere, welche die Minister zu Erklärungen in der Hausführung aufordern.

Wieder ist für eine Weile der ungestörte Fortgang der Sitzung gesichert, das Haus geht in die Spezialdebatte ein. Bis gegen 2 Uhr früh soll sie dauern; vielleicht auch länger. Die Abstimmung über Hunderte von Anträgen wird weitere Stunden in Anspruch nehmen; dazwischen soll eine Ruhepause von ein bis zwei Stunden eingeschaltet werden. Die Sonne wird also schon hoch am Himmel stehen, bis der Zollsampf entschieden ist. Die endgültige Entscheidung ist es noch lange nicht! Die wird draußen fallen, vor den Wählern, und sie wird anderslauten als hier im Hause. Das ist der unerschütterliche Glaube aller der, die weiteres Elend von den arbeitenden Schichten der Bevölkerung abwehren wollen!

Der Vorsitzende Malypetr eröffnete, von Zwischenrufen empfangen, mit halbstündiger Verspätung die Sitzung; das Haus fährt in der Generaldebatte über die Zollvorlage fort.

Chalupa (tschech. Soz.-Dem.) weist darauf hin, daß der Jynismus, den die Agrarier während des Krieges an den Tag legten, auch jetzt bei dieser Vorlage und während der ganzen Debatte unverhüllt zum Vorschein kommt. Als ihm der Gewerbetreibende Rajman in einem Zwischenruf sagt, wenn die Fleischer soviel verdienen, dann möge er sich eine Fleischerei einrichten und das Mandat sein lassen, kommt es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Gewerbetreib-

der Folge der wahnwitzigen Hochschutzzollpolitik der bürgerlichen Parteien nicht nur eine Teuerung sein, unter der die Bevölkerung schwer leiden wird, sondern erhöhte Arbeitslosigkeit. Mehr Arbeitslosigkeit und teureres Fleisch und Brot, das sind die Folgen der Hochschutzzollpolitik für das Proletariat, und das alles, um die Gewinne der Großgrundbesitzer zu mehren und die Gehälter der Pfaffen zu erhöhen!

Vielleicht werden die Wähler jetzt darüber nachzudenken beginnen, daß zwischen dem, was ihnen die bürgerlichen Parteien vor den Wahlen versprochen haben, und dem, was jetzt geschieht, ein Unterschied besteht. Wie oft haben wir während der Wahlkampagne gehört, daß die Sozialdemokratie „versagt“ habe, und daß die Parteien des Bürgertums den Menschen ein geordnetes, friedliches, von sozialen Erschütterungen freies Leben bringen werden. Viele Angehörige der Mittelklassen, die zwischen den Parteien des Proletariats und des Bürgertums immer wieder schwanken, haben sich betören lassen und die Reihen der sozialdemokratischen Wähler, in die sie nach dem Kriege gestochen sind, verlassen. Sie werden es bitter büßen. Der kleine Kaufmann und Gewerbetreibende wird Brot und Mehl, Fleisch und Fett teurer bezahlen müssen und infolge der gesunkenen Kaufkraft der Massen weniger verkaufen. Dem christlichsozialen Textilarbeiter wird die Genugtuung zuteil, daß es den Pfaffen besser geht, aber das büßt er durch Teuerung und Arbeitslosigkeit. Die bürgerlichen Parteien mögen nur so weiter machen. Sie haben vor dem Kriege um ihrer Profite willen eine Politik verfolgt, die die Menschheit in das Verderben des Krieges geführt hat. Als dann das Volk erwachte, ging die Welle des Sozialismus über die Parteien des Bürgertums hinweg. Auch das Verbrechen, daß die Bürgerparteien an dem Glück, der Wohlfahrt, der Lebenshaltung, der Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung begehren, wird nicht ungesühnt bleiben. Dafür werden wir Sozialdemokraten sorgen!

teilern und Sozialdemokraten, so daß Tomasek und Stanek vermittelnd eingreifen müssen. Chalupa weist ziffermäßig nach, wieviel Millionen das Prager Erzbistum und die Kirche überhaupt an den Zöllen verdienen wird, zeigt sodann auf, wie sehr demgegenüber die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter gegen die Vorkriegszeit gesunken sind.

Petrovichy (Nat.-Dem.) behauptet, daß seine Partei durch mühsame Verhandlungen eine Herabsetzung der Zollkoeffizienten erzielt habe, und nimmt die Gewerbetreibenden und Kaufleute gegen die Anschuldigung der Preistreiber in Schutz.

## Zölle und Kleinlandwirte.

Hierauf führt  
Genosse Leibl

als Vertreter der Kleinbauern aus:  
Wir Sozialdemokraten erwägen bei allen volkswirtschaftlichen Maßnahmen immer zuerst, ob diese der Allgemeinheit zugute kommen oder nur einzelnen Volksschichten; wir tun dies auch bei dem vorliegenden Gesetzentwurf. Der Zollantrag ist von weitestgehender Bedeutung; von den Antragstellern wird zu seiner Begründung die wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft angeführt. Eine so armselige Begründung, wie sie unsere Herren Agrarier und sonstigen Zollfreunde hier in diesem Hause vorbracht haben, habe ich noch nirgends gefunden. Schon bei den Verhandlungen in den Ausschüssen hat man es immer deutlicher gesehen, daß

die Eier nach höheren Profitten für die Agrarier die einzige Nichtschwur

war, so daß man nur mit Widerwillen die Unaufrichtigkeit und die Verdrehungskünste der Agrarier ansehen konnte.

Immer und immer wieder mußten die kleinen Landwirte herhalten, in deren Namen sie vorgehen, die Zölle einführen zu müssen. Daß bei den Kleinlandwirten ein Notstand vorhanden ist, stimmt leider, aber es ist höchst merkwürdig, daß man erst jetzt das gute Herz für die Kleinlandwirte entdeckt und aus reiner Liebe für sie nun die Zölle einführen will.

Für uns Sozialdemokraten ist die Zollfrage kein starres Dogma; wir beurteilen sie nur vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit. Wenn Sie uns beweisen können, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung davon Vorteile genießt, daß die Produktion gehoben und wenigstens den Kleinlandwirten, die wir bisher einzig und allein vertreten haben, geholfen und den übrigen Bevölkerungsschichten nicht geschadet wird, dann werden wir unsere Ansichten gerne revidieren. Aber die Zweckmäßigkeit der Zölle muß erst erwiesen werden.

Wahr ist aber, daß die Zölle nur den Großagrarier nützen, und daß nicht einmal die Mittelbauern einen Nutzen davon haben. Wir geben zu, daß die Landwirtschaft sich in einer Krise befindet . . .

Genosse de Witte: „Was befindet sich denn in diesem Staate nicht im Zustand der Krise?“

Leibl (fortfahrend): . . . die Verhältnisse der industriellen Bevölkerung sind aber noch viel trauriger, als in der Landwirtschaft. Von den Landwirten werden nur die Kleinbauern von der Krise betroffen, während die Großagrarier, die vielfach auch noch industrielle Besitztümer haben, bisher von der Krise wenig verspürten und durch die Zölle nur in den Genuss einer höheren Profitrente kommen wollen.

Als Beweis für die Notlage der Landwirtschaft wird deren beginnende Verschuldung angeführt. Aber auch hier sind es die ganz kleinen Landwirte, die auf ihrem kleinen Grundbesitz nicht leben können, andererseits als Arbeiter in der Industrie keine Beschäftigung finden. Diese Leute müssen Hypotheken aufnehmen, um ihre Familie zu ernähren, das Anwesen notdürftig im Stande zu halten und auch die rückständigen Steuern zu bezahlen. Großbauern haben bis jetzt keine Ursache, verschuldet zu sein, wenn sie nicht ausnahmsweise von schweren Unglücksfällen betroffen werden.

Werden aber die Getreidezölle die verschuldeten Kleinlandwirte entlasten können? Gewiß nicht,

weil sie das, was sie produzieren, auch selbst wieder konsumieren und nicht einmal soviel erzeugen, als sie im Haushalt brauchen. Eine Abstimmung unter den Kleinlandwirten würde



Sicher eine große Mehrheit gegen die Zölle ergeben.

Gen. de Witte: Auch bei den Wählern des Bundes der Landwirte würde eine Abstimmung eine Mehrheit gegen die Zölle ergeben!

Leibl (fortfahrend): Aber auch der mittlere Landwirt hat keinen Nutzen von höheren Getreidepreisen, weil die Verteuerung der Haushaltungskosten höher wäre, als der Mehrerlös beim Verkauf seiner Produkte.

Von der Gesamtbevölkerung hätten also höchstens acht bis neun Prozent einen effektiven Nutzen von den Zöllen.

Ein weiteres Argument der Agrarier ist die Gefahr der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche. Daß hohe Zölle und Einfuhrverbote desinfizierend wirken, ist der heutigen Wissenschaft nicht bekannt!

Heute wird dieselbe verhängnisvolle Zollpolitik betrieben, wie im ehemaligen Oesterreich-Ungarn.

Wir haben bereits in der Zentra-Co-operative in Prag dieselbe gefährliche Zentral-Agrarstelle, wie seinerzeit unter Hohenzollern in Wien.

Ein weiteres Argument lautet, daß ohne Zölle die Produktion von Saatkorn nicht mehr rentabel sei. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall, da hiebei schon heute ein mindest 20prozentiger Nutzen herauskommt.

Einen Einfluß auf die Steigerung der Produktion haben die Zölle schon gar nicht.

Tatsache ist es, daß Länder mit Getreidezöllen eine geringere Produktion aufweisen, als Länder ohne Zoll. Gerade die Großagrarien empfehlen vielfach, nur so viel Getreide zu bauen, als jeder landwirtschaftliche Haushalt braucht.

In erster Linie ist der Staat berufen, die intensive Produktion zu fördern.

Nirgend wären Investitionen so gut angelegt, wie bei Förderung der Landwirtschaft. Doch gerade hier wird alles parat. Das Landwirtschaftsministerium hat jährlich eine Viertelmilliarde zur Verfügung; eine planmäßige Verwendung dieser Mittel könnte die Landwirtschaft auf eine hohe Stufe bringen.

Vorkriegszeit bedauernswert da, das seinen Fleischverbrauch bei einer Bevölkerung von 62 Millionen bis auf fünf Prozent selbst deckte.

Bei uns will man direkt widersinnig auf Futtermittel Zölle einführen.

Da der kleine Landwirt verhältnismäßig mehr Vieh züchtet, als der Großgrundbesitzer, wird durch Futtermittelzölle hauptsächlich der Kleinbauer betroffen, während der Großgrundbesitzer Futtermittel noch abverkaufen kann.

Wir haben daher, um die Viehzucht nicht zu gefährden, einen Antrag auf freie Einfuhr von Futtermitteln, namentlich von Futtergetreide und Mais, eingebracht.

Jeder praktische Landwirt erkennt die Vorteile dieses Antrages. Nicht nur, daß wir uns mit Fleisch selbst versorgen können, wird auch durch die höhere Viehzucht die Düngemöglichkeit eine viel bessere und es kann daher auch der Getreidebau auf die höchstmögliche Stufe gebracht werden.

Wir schlagen weiter vor, in jedem Bezirk eine kleine Landwirtschaft in eine Musterwirtschaft umzugestalten.

Die Kosten sind nicht hoch und der Nutzen für die Landwirtschaft groß. Man möge also nicht an der unrichtigen Stelle sparen.

Wir kleinen Landwirte verlangen weiter, daß wir im Landeskulturrate und allen landwirtschaftlichen Körperschaften eine unserer Zahl entsprechende Vertretung bekommen.

Durch den Einfluß der Agrarier wurde dies bisher verhindert.

Wir verlangen weiter, daß endlich die Landwirtschaftsgenossenschaften und Landwirtschaftskammern ins Leben gerufen werden.

Die diesbezüglichen Gesetzesvorhaben sind reaktionär und unzulänglich, da sie nicht weniger als drei Wählerkurien vorsehen und den kleinen Landwirten nur eine ungenügende Vertretung gegenüber dem größeren Besitze einräumen.

Die deutschen Agrarier führen unter ihren Gründen auch das nationale Moment an: sie wollen in erster Linie dem deutschen Landwirt helfen. Wenn dies Tatsache wäre, so würde sicher heute noch die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt werden. In Wirklichkeit wollen die tschechischen Sozialparteien die Früchte der Bodenreform erhalten.

Ich habe als Vorkämpfer des Verbundes der Kleinbauern und Häusler den Auftrag bekommen, gegen die Zölle zu stimmen, und werde diesem Auftrage mit Freuden nachkommen!

Während der Rede des Kommunisten Sedorzak kommt es zu andauernden Auseinandersetzungen zwischen Kurta (Autonomer Sojus) und slowakischen Kommunisten. Die tschechischen

Sozialdemokraten schiden Tachertle und später Dr. Dorer in die Debatte, der eine zahlreiche Zuhörerschaft findet, die Kommunisten Burian, Mikulisek und Culen. Von den tschechischen Sozialisten spricht Batejdi und Snejzlik. Letzterer protestiert mit viel Temperament gegen eine eventuelle tschechisch-deutsche Regierungsmehrheit.

Spezialdebatte.

Endlich verkündet der Vorsitzende um 18 Uhr abends den Schluß der Generaldebatte, da kein Redner mehr vorgemerkt ist, und die Berichterstatter aufs Schlußwort verzichten. Schon lange vorher ist das Haus voll besetzt, da beim Uebergang zur Spezialdebatte nach der Geschäftsordnung neue Möglichkeiten gegeben sind, den Antrag zu Fall zu bringen.

Ein erster Antrag des Gen. Dr. Czech und gleichlautende anderer Parteien fordert Uebertragung zur Tagesordnung, also Ablehnung des Antrages. Dafür erhoben sich geschlossen die Hände der Zollopposition; wenn man nicht schon genau das Stimmverhältnis kennen würde, könnte man hoffen, daß sie die Mehrheit haben, so groß ist die Zahl der Hände, die für den Antrag entscheiden.

Für den Antrag auf Eingang in die Spezialdebatte stimmt die Zollopposition, von lärmenden Juristen der Opposition überschüttet. „To jest věsina“, diesmal mit einer erheblichen Anzahl deutscher Stimmen. Die Sitzung geht also ohne Pause weiter.

Noch ein Aufenthalt: weitere zehn Anträge des Genossen Dr. Czech auf Erscheinen des Ministerpräsidenten und einzelner Ressortminister in der Hausung, um über die Zölle Erklärungen abzugeben; die Regierung soll endlich einmal aus ihrer schambastigen Zurückhaltung heraustreten und offen Farbe bekennen. In jedem anderen Parlament eine Selbstverständlichkeit; hier aber werden diese Anträge von der Mehrheit nur als lästiger Aufenthalt auf dem Wege zum nahen Ziel empfunden.

Noch einmal erheben sich die Hände der Mehrheit und lehnen das verlangte Erscheinen der zehn Minister ab; die Spezialdebatte beginnt, das Haus leert sich, um für die bis tief in die Morgenstunden geplante Nachsitzung die Kräfte aufzukapen.

In der Spezialdebatte kam nach 10 Uhr abends

Genosse Dietl

Er warf der Zollmehrheit vor allem vor, daß sie immer über die hohen Industriezölle sich beklagen; aber heute, wo sie eine feste Mehrheit bilden und also die Möglichkeit hätten, diese Zollpositionen zu ändern, weichen sie schön aus und begnügen sich damit, ihre eigenen Produkte mit Schutzzöllen zu umgeben.

Redner verlangt dann im Namen der Wirtschaftsgenossenschaften die Abänderung verschiedener Zollpositionen, insbesondere aber eine ausgiebige Herabsetzung der reinen Finanzzölle auf Kolonialwaren, und geht dann näher auf das agrarische Jammergeschrei ein, daß die Zölle die einzig mögliche Rettung der Landwirtschaft seien.

Während die agrarischen Verbände und Raiffeisenkassen ihren Einlagestand in Gold gegenüber der Vorkriegszeit um 30 bis 40 Prozent erhöhen konnten.

Namentlich die Sparkassen in den kleinen, tschechischen wie deutschen Bezirksstädten haben noch in den letzten Jahren ihren Einlagestand ganz erheblich vermehren können.

Das sieht nicht nach allzu großer Not der Bauernschaft aus!

Die sofortige Aktivierung der Zölle noch vor der Ernte würde überdies nur den großen Spekulanten zugute kommen, die mit dem Verkauf ihrer Vorräte zurückhalten, während die kleineren Besitzer ihr Getreide schon längst verkauft haben.

Haushalt einer Arbeiterfamilie zeigt Genosse Dietl nun ein erschreckendes Bild der Not in diesen Schichten auf.

Die Fleischmenge pro Kopf, ebenso der Brotverbrauch, sind in geradezu erschreckendem Maße zurückgegangen, während der Jahresverbrauch an Kartoffeln von 58 auf 88 Kilogramm pro Kopf gestiegen ist!

Eine äußerst bedenkliche Erscheinung ist ferner der Rückgang unserer Außenhandelsbilanz, die in manchen Monaten schon passiv ist. Das sollte unseren Zollfreunden eine Warnung sein, denn unsere Absperrung gegen die Agrarländer wird

Repressalien gegen unsere Industrieprodukte zur Folge haben, die Krise wird sich immer mehr verstärken und so gehen wir einer schweren Finanzkrise entgegen.

Die Landwirtschaft muß andere Wege gehen und das Beispiel Hollands nachahmen, das sich durch Einführung gartenmäßigen Getreidebaues aus schwerer Krise gerettet hat.

Genosse Dietl befaßt sich sodann ausführlich mit der Hege der Landkinder gegen unsere Konsumvereine.

Da beklagen sich die Zollfreunde bitter über den Zwischenhandel und wollen ihn beseitigen, (Zwischenrufe: Das wollen sie ja gerade mit den Zöllen tun!) aber es fällt ihnen nicht ein, mit

Moral en gros. Ein Roman wider alles Perfommen. Von Jiri Haujmann. Der erlauchte Sekretär begriff zwar nicht die Ursache dieser plötzlichen Wandlung, aber gewohnt, die Befehle seines Vorgesetzten blind zu erfüllen, begab er sich ohne weitere Fragen in den Hangar, wo er alle nötigen Anordnungen traf.

Wirren verdient haben, oder an der kopflosen Empörung in Ober-Nepal, von den südamerikanischen Revolutionen gar nicht zu reden! Und wie erst recht, da der Krieg unser Utopien erfährt hat, das reichste, am weitesten fortgeschrittene und konzentrierteste. Er vollendet nicht. In das Arbeitszimmer trat der Kammerdiener und überreichte Argyporas mit dieser Verbeugung eine mit Buchstaben aus reinem Platin bedruckte Visitenkarte aus Papyrus. Der Eisenbahnkönig betrachtete sie, septe die Brille auf, sah sie noch einmal an und sank, wie vom Schläge gerührt, in seinen Klubstuhl zurück.

entfernen, sondern fuhr ganz leicht, als ob er seines Erfolges von vornherein sicher wäre, fort. Die Angelegenheit, die mich zu Ihnen führt, ist rein geschäftlicher Charakters. Ich nehme als erwiesen an, daß Ihre Werte auf der Halbinsel Chadleton voll beschäftigt sind, daß sie Tag und Nacht arbeiten, daß Ihr Reingewinn alle Berechnungen übersteigt. Argyporas, der bisher unentschlossen zugehört hatte, überlegte einen Augenblick und legte dann nicht sehr freundlich: „Wenn Sie gekommen sind, Sir, ironische Bemerkungen zu machen, wäre ich genötigt, die Ehre Ihres Besuches zumindest für überflüssig zu erklären und hätte keine Lust.“

den gegenwärtigen Krieg erwähnte. Sprang er auf, um dem ehemaligen Rivalen die Rechte zu drücken, und nur ein strenger Blick Excelliors hielt ihn von dieser Absicht zurück. „... eine vortreffliche Gelegenheit bietet“ — septe der Nordbiller fort. „Ich mache daher ohne lange Einleitung einen positiven Vorschlag: Ihre Lokomotivwerke sind, gerade so wie meine Autofabriken, in der Weise eingerichtet, daß sie nach unbedeutenden Adaptierungen spielend leicht in ein gigantisches Arsenal verwandelt werden können — in Munitionsfabriken, von denen sich kein Kriegsminister jemals hätte träumen lassen, seien Sie. Sir, vernünftigerweise auf ihren eigenen Vorteil bedacht. ... lassen Sie alle romantischen Phantasien über Verstillung der Menschheit beiseite. ... bedenken Sie, daß brachliegendes Kapital sich selbst aufkriegt. ... und kurz und gut, vereinigen wir unsere Unternehmungen zu einem Riesentrust zwecks rationaler Ausnutzung menschlicher Dummheit, die sich in toller Kriegswut äußert.“

(Fortsetzung folgt.)



anderen Konsumentenorganisationen direkte Verbindung zu suchen und so den Zwischenhandel auf leichte Weise auszuschalten. Statt dessen verlegen sie sich selbst den Weg zu uns durch ihre planmäßige Hege gegen die Konsumvereine. So schaut die agrarische Bekämpfung des Zwischenhandels in Wirklichkeit aus.

Genosse Dietl schloß unter dem Beifall unserer Genossen mit dem Hinweis darauf,

daß das Zollattentat neue schwere soziale Kämpfe unausweichlich macht,

da die Lohnempfänger außer Stande sind, diese erhöhte Belastung durch die Zölle aus eigenem zu tragen. Dadurch wird auch den Zollfreunden ein großer Teil ihres Gewinns wieder entzogen. Die Landwirtschaft im Faulbett der Zölle verkrümpten. Die Kleinbauern aber werden so schwer unter den Zöllen zu senzen haben, wie die Industriearbeiter.

Der Kommunist Bolen beschwert sich so dann in scharfen Worten gegen das Vorgehen der Prager Polizei während der heutigen Zolldemonstrationen der Kommunisten und macht die Regierung Cerny dafür voll verantwortlich. Die Kommunisten unterbrechen ihn wiederholt durch järmische Protestrufe.

Die Debatte dauert bei Blattschluß noch an; von unserer Fraktion wird noch Genosse Kaufmann das Wort ergreifen.

### Gegen das Verbot der Matteotti-Feiern!

#### Dringliche Interpellation Taub, Schuster und Genossen an den Innenminister.

Die Abgeordneten Taub, Schuster und Genossen haben an den Herrn Minister des Innern wegen des Verbotes der Matteotti-Gedenkfeiern folgende dringliche Interpellation gerichtet:

Die deutsche sozialdemokratische Partei hat zum zweiten Jahrestag der Ermordung Matteotti eine Reihe von Gedenkfeiern veranstaltet. Wenngleich die tschechoslowakische Bürokratie bereits wiederholt die Freiheit der Meinungsäußerung und des Versammlungsrechtes gedroht und unterdrückt hat, konnte dennoch erwartet werden, daß dem deutschen Proletariat dieses Landes nicht verwehrt würde, das Andenken eines der Märtyrer der internationalen Arbeiterbewegung durch Gedenkfeiern zu begehen. Auch diese bescheidene Erwartung ist enttäuscht worden.

Die Interpellation zielt sodann den von uns bereits in der Donnerstagsnummer abgedruckten Erlaß der politischen Bezirksverwaltung in Schüttenhofen, durch die die Matteotti-Feiern unserer Sozialorganisation in Bergreichenstein aus Gründen der „öffentlichen Ruhe und Ordnung“ verboten wird, und fährt sodann fort:

Die politische Bezirksverwaltung in Schüttenhofen hat bisweil recht, als die feige Einschüchtlung Matteotti's das faschistische System vor der ganzen Kulturwelt an den Pranger gestellt hat, aber wenn sie von der Feststellung dieser unlegbaren Tatsache in einer Versammlung in Bergreichenstein eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung befürchtet, so liegt darin geradezu eine Identifizierung mit der faschistischen Regierung, die wir als Aufgabe tschechoslowakischer Behörden keineswegs anzuerkennen vermögen.

Noch sonderbarer ist das Verhalten der Brünnener Polizei, welche das ursprüngliche Verbot über Intervention des deutschen sozialdemokratischen Parteisekretariates zwar zurückzog, jedoch die Bedingung stellte, daß in der Versammlung über Matteotti nicht gesprochen wird. Wie sich die Brünnener Polizei eine Matteotti-Feier vorstellt, in welcher über Matteotti nicht gesprochen wird, ist uns einfach unverständlich.

Wir stellen daher die Anfrage: 1. Sind dem Herrn Minister diese Verbote bekannt? 2. Ist der Herr Minister bereit, die unterstellten Behörden dahin anzuweisen, daß sie die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung ohne Einschränkung zu wahren hat?

### Ungültige Bestimmungen der Sprachenverordnung.

Nach Artikel 2 Absatz 3, der Sprachenverordnung sind Organe der Republik im Sinne des Sprachengesetzes insbesondere die Notare (öffentliche Notare), die Dolmetscher, Geometer, autorisierte Ziviltechniker und Bergbauingenieure, sowie die im § 4 des Gesetzes vom 18. März 1920, Zlg. Nr. 185, betreffend die Ingenieurkammer, erwähnten Techniker und Ingenieure in der Slowakei und im süd- und tschechischen Rußland, die staatlichen Distrikts- und Gemeindevorstände und andere von der Staatsverwaltung betraute Personen in Ausführung ihres Amtes oder Dienstes oder hinsichtlich der Bejorgung von Geschäften der Regierung im öffentlichen Interesse. Nach Artikel 70, Absatz 3, der Sprachenverordnung gelten die Magistrate der Städte mit eigenem Statut, insoweit sie Angelegenheiten der staatlichen, politischen und Finanzverwaltung erledigen, als Organe der Republik (§§ 1 und 2 des Sprachengesetzes) und finden auf sie die Vorschriften des 1. und 3. Hauptstückes dieser Verordnung Anwendung. Im Zusammenhang damit steht, daß nach Art. 73, der Sprachenverordnung in Städten mit eigenem Statut der Bürgermeister und dessen Stellvertreter der Staatsprache vollkommen mächtig sein müssen.

Alle diese Bestimmungen der Sprachenverordnung sind gesetzwidrig. Das Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 17. Dezember 1925, S. 24.206, führt unter anderem Folgendes aus:

„Das Sprachengesetz vom 20. Februar 1920, Zlg. Nr. 122, erklärt die tschechoslowakische Sprache als Staatsprache, in der (§§ 1, Abs. 1, P. 1), mit gewissen Ausnahmen die Amtierung aller Gerichte, Behörden, Anstalten, Unternehmungen und Organe der Republik erfolgt.“

Aus der Fassung dieser Vorschrift und aus ihrem Zusammenhange mit den übrigen Vorschriften des Sprachengesetzes, so insbesondere mit dem § 3, der von den Selbstverwaltungsbehörden, Vertretungskörpern und allen öffentlichen Körperschaften im Staate spricht, ergibt sich, daß § 1, Abs. 3, P. 1, nur Staatsbehörden usw. im Auge hat, also Behörden, Organe usw., die vom Staate errichtet und erhalten sind, keineswegs aber andere öffentliche Behörden, Organe usw. anderer öffentlicher vom Staate unabhängiger Körperschaften, mögen diese Körperschaften Gebietsinteressen oder sonstige Körperschaften sein und wenn diese nicht staatlichen Behörden oder Organe usw. neben ihren eigenen Funktionen auch einige andere Funktionen im Namen oder in Vertretung des Staates ausüben.“

Damit ist wohl der mit der Sprachenverordnung unterzeichnete Standpunkt des Obersten Verwaltungsgerichtes in einer jede Mißdeutung ausschließenden Weise gekennzeichnet.

### Der Unterhaltsbeitrag für die Frauen der Eingerückten.

#### Interpellation des Genossen Heeger wegen mißbräuchlicher Auslegung durch die Behörden.

Die Abgeordneten Heeger, Pohl und Genossen haben an den Minister des Innern und für nationale Verteidigung betreffend die ungesetzliche Handhabung des Unterhaltsbeitragsgesetzes für die Angehörigen der zur Dienstleistung Herangezogenen seitens der politischen Bezirksbehörden folgende Interpellation gerichtet:

Im Jahre 1921 wurde das Unterhaltsbeitrags-Gesetz für die Angehörigen der zur militärischen Dienstleistung Einberufenen auf die Dauer eines Jahres beschlossen. Trotz der be-

stimmten Erklärung der Vertreter der in Betracht kommenden Ministerien im Jahre 1922, daß die Regierung auf Grund der Erfahrungen der Nationalversammlung ehestens ein neues Gesetz unterbreiten werde, ist dies bis zum heutigen Tage nicht geschehen. Im Gegenteil, die einzelnen politischen Bezirksbehörden sind daran gegangen, durch eine willkürliche Auslegung des § 4 des Gesetzes dieses bedeutend zu verschlechtern. Bei der Beratung des Gesetzes und in dem Motivberichte zu diesem Gesetze wurde festgesetzt, daß nicht nur Vermögenslose, sondern auch solche Personen, die mit ihrem Unterhalt auf den Erwerb des Eingerückten angewiesen sind, den Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag besitzen. Trotz dieser klaren Feststellung, daß die Angehörigen eines Lohn- und Gehaltsempfängers den Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag haben, wird den Angehörigen der Eingerückten der Unterhaltsbeitrag verweigert, wenn sie Besitzer eines Hauses sind oder wenn die Frauen der Eingerückten selbst Arbeiterinnen sind oder waren. Diesen Personen wird der Unterhaltsbeitrag mit der famosen Begründung entzogen, sie seien in ihrer Existenz nicht abhängig vom Verdienst des Eingerückten und besäßen daher keinen Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag. Noch weiter geht die politische Bezirksbehörde Teplic-Schöna u. Ohne daß im Gesetz eine Bestimmung vorhanden ist, läßt diese Frauen der Eingerückten ärztlich durch Militär- oder Amtsärzte untersuchen und entzieht ihnen, falls sie als gesund erklärt werden, den Unterhaltsbeitrag, ganz gleichgültig, ob sie früher einen Erwerb hatten oder nicht. Ein solcher Vorgang ist geradezu unerhört, widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen und stellt eine rücksichtslose, empörende Maßnahme dar. Aus allen diesen Gründen stellen die Befertigten die Anfrage:

Ist der Herr Minister bereit, dem Verantwortlichen der politischen Bezirksbehörde Teplic-Schöna u. wegen seiner ungesetzlichen Vorgehensweise zur Verantwortung zu ziehen, und ist er weiter geneigt zu veranlassen, daß in Zukunft derart gesetzwidrige Handlungen unterbleiben?

Ist er geneigt, den politischen Bezirksbehörden im allgemeinen Weisungen zu erteilen, daß entsprechend dem Geiste des Gesetzes und dem Willen der Gesetzgeber die Angehörigen aller in Dienst- oder Lohnverhältnis stehenden Personen Anspruch auf Unterhaltsbeitrag haben?

## Der Kampf um die Fürstenenteignung.

### Die Solidarität von Monarchie und Kapital.

Berlin, 11. Juni. (Eigenbericht.) Je näher der 20. Juni, der Tag des Volksentscheides heranrückt, desto fieberhafter sind die Reaktionskreise daran, die Stimmung der Bevölkerung zu beeinflussen. Der Großindustrielle Borziga, der Vorsitzende der deutschen Arbeitgeberverbände, hat an alle Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, sich an Kampfe gegen die Enteignung der Fürsten zu beteiligen und zu diesem Zwecke einen Beitrag zu leisten, der pro Kopf der beschäftigten Arbeiter mindestens zwanzig Pfennig betragen soll. Das Geld ist an einen Ausschuss abzuführen, an dessen Spitze der der Volkspartei angehörende ehemalige Justizminister Heinze steht. In Guben hat der dortige Kreisamtsleiter die Verfügung ge-

trossen, daß jeder, der sich an der Abstimmung beteiligt, aufgeschrieben werden soll. In Süddeutschland fordert ein ehemaliger Gardeoffizier alle Fabrikanten auf, die Arbeiter festzustellen, die sich an der Agitation für die Fürstenenteignung beteiligen. Auf dem flachen Lande wird von den Grundbesitzern der größte Terror entfaltet. Die Sozialdemokratie veranstaltet im ganzen Reiche tausende von Versammlungen, die durchwegs gut besucht sind und arbeitet mit Aufklärungskriften und Flugblättern in intensiver Weise. Die Demokraten, denen die Abstimmung freigegeben wurde, beteiligen sich zum größten Teil an der Propaganda, und auch die katholischen Jugendverbände erlassen Aufrufe für die Fürstenenteignung.

### Kommunistische Komödie.

Berlin, 11. Juni. (Eigenbericht.) Der Reichstag hat heute den kommunistischen Mißtrauensantrag bei Stimmenenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Bedeutung, welche die Kommunisten ihrem Antrag beilegen, geht daraus hervor, daß sich von 40 kommunistischen Abgeordneten bloß ein Dutzend an der Abstimmung beteiligten.

### Die Wiener Schulreform.

#### Rückzug des christlichsozialen Unterrichtsministeriums.

Wien, 11. Juni. (Eigenbericht.) Zwischen dem Unterrichtsministerium und dem Wiener Stadtschulrat ist heute in der Frage der Schulreform ein Kompromiß zustand gekommen, das einen vollständigen Sieg der Wiener Gemeinde gegenüber den Versuchen des christlichsozialen Unterrichtsministeriums, die Wiener Schulreform zu verhindern, darstellt. Es wurde im Wesentlichen zunächst beschlossen, daß wohl der Lehrplan, den das Unterrichtsministerium vor einigen Wochen erlassen hat und der sich gegen die Wiener Schulreform richtet, aufrecht bleibt, daß aber noch ein zweiter Lehrplan vom Unterrichtsministerium erlassen wird, der der Eigenart und den Bedürfnissen der Stadt Wien sowie anderer gleichartiger Schulorte, im Wesen der Industrieorte, Rechnung trägt. Bezüglich der Wiener Mittelschulen, bei denen die Regierung den Typ der „Deutschen Mittelschule“ beibehalten wollte, wurde vereinbart, daß zwar die humanistischen Gymnasien bei den bisherigen Lehrplänen verbleiben, daß aber in allen anderen Mittelschulen in den unteren Klassen ein einheitlicher Lehrplan nach dem bisherigen Wiener Lehrplan weitergeführt wird. Die bisher begonnenen Klassen der Deutschen Mittelschule in Wien werden nach dem bisherigen Lehrplan weitergeführt. Auch bei dem bisherigen Lehrplan weitergeführt. Auch bei dem bisherigen Lehrplan weitergeführt. Auch bei dem bisherigen Lehrplan weitergeführt.

### 25.000 Wohnungen in drei Jahren.

#### Das Bauprogramm der Gemeinde Wien am zwei Jahre früher verwirklicht.

Wien, 11. Juni. (Eigenbericht.) Im Jahre 1923 hat die Wiener sozialdemokratische Gemeinde-

verwaltung ein Bauprogramm beschlossen, wonach innerhalb von fünf Jahren 25.000 Wohnungen geschaffen werden sollen. Die Gemeinde teilt nun heute mit, daß am 26. Juni dieses Jahres der Grundstein für die 25.000te Wohnung gelegt wird, so daß das große Bauprogramm der Wiener Gemeinde um zwei Jahre früher fertiggestellt sein wird, als ursprünglich beschlossen worden war.

### Auch mit Oesterreich kommen die Vertragsverhandlungen nicht vom Fleck.

Wien, 11. Juni. (Tsch. P.-B.) Die vor einigen Tagen begonnenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich und der Tschechoslowakei sind bisher noch nicht über eine erste Fühlungnahme hinaus gediehen. Die nächste Sitzung wird sich daher noch mit der Ausarbeitung des Programms zu befassen haben. Vorläufig ist es noch ganz unsicher, ob sich die Verhandlungen nur in dem von der Tschechoslowakei gewünschten engen Rahmen bewegen, od. eine allgem. Revision des Vertrages zum Gegenstand haben werden. Man glaubt jedenfalls, daß ein Abschluß der Verhandlungen vor dem Spätherbste nicht zu erwarten ist.

### Die Tschechoslowakei will mit Ungarn verhandeln.

#### Zum Verhandeln gehören aber zwei.

Prag, 11. Juni. (Tsch. P.-B.) Mit Bezug auf die Meldung, welche gestern die Budapest Telegraphenagentur mit Ermächtigung der ungarischen Regierung darüber veröffentlichte, welchen Einfluß der soeben durchberathene Initiativantrag über die landwirtschaftlichen Zölle auf die weitere Regelung der handelspolitischen Verhältnisse zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei haben könnte, wird auf Grund von Informationen seitens der zuständigen amtlichen Stellen Folgendes mitgeteilt:

Die tschechoslowakische Regierung hat in der allerletzten Zeit und zwar noch ehe der erwähnte Schritt von ungarischer Seite getan wurde und bevor es zu der öffentlichen Erklärung des ungarischen Handelsministers Wlasso über diese Frage (Beste Lohn, Freitag, den 11. d. M.) kam, der ungarischen Regierung ihre Zustimmung dazu erklärt,

daß in den Verhandlungen über den Handelsvertrag zwischen beiden Parteien, welche im Juli v. J. abgeschlossen wurden, fortgesetzt werde. Als Verhandlungsort wurde Wien vorgeschlagen, wo derzeit bereits eine tschechoslowakische Delegation weilte, welche einige Zollfragen mit der österreichischen Regierung überläßt selbstverständlich auch weiterhin bei diesem ihrem Vorschlage. In diesem Sinne gab heute der Minister des Aeußern der ungarischen Regierung die Antwort.

### Zwei Ohrfeigen für Bethlen.

Paris, 11. Juni. (Tsch. P.-B.) Unter der Ueberschrift „Zwei Ohrfeigen in Genf“, schreibt G. u. v. a. in einem Leitartikel des Journal des Debats: Bethlen hat gestern in Genf zwei Ohrfeigen erhalten. Die erste von Justiz und die zweite in der Sitzung des Völkervertrates. Graf Bethlen ist nach Genf gekommen, um sich rehabilitieren zu lassen und als Befreier der ungarischen Finanzen nach Budapest zurückzukehren. Graf Bethlen nahm aber nur die Ohrfeige Justizs und den Beschluß des Völkervertrates mit, der die Finanzkontrolle Ungarns aufrecht erhält.

### Eine englische Note an Rußland.

Das englische auswärtige Amt hat an die Sowjetregierung eine Note wegen der russischen Geldunterstützung an die englischen Bergarbeiter gerichtet. Die Note beruft sich auf den englisch-russischen Vertrag von 1924, in der die beiden Regierungen miteinander die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten vereinbarten.

### Wo darf man Matteotti feiern?

#### In Rom ja, aber in Unterreichenstein nicht!

Ein politisches Blicklicht geht aus folgender Meldung hervor:

Rom, 10. Juni. Heute vormittag wurde im Parteibüro der früheren Einheitssozialisten, der jetzigen Partei der italienischen Arbeiter, eine Gedächtnisfeier für Matteotti abgehalten, der auch Vertreter der Maximalisten und der demokratischen Partei beizuhörten. Treves hielt die Gedächtnisrede. Die Witwe Matteotti legte an dem Orte, wo Matteotti zuerst bestattet worden war, Blumen nieder.

Also selbst in Rom hat man eine Gedächtnisfeier für Matteotti ermöglicht — in der Tschechoslowakei hat man den Matteotti-Rundgebungen die größten Schwierigkeiten gemacht, in Unterreichenstein sie sogar verboten. Da erübrigt sich wohl jeder Kommentar zur Beleuchtung der politischen Situation in diesem demokratischen, revolutionärsgeborenen Staate!

### Die Sozialdemokratie für die Minderheiten.

Warschau, 11. Juni. (Tsch. P.-B.) Die gesamten Linksparteien, und zwar die Sozialdemokraten, die radikale Volkspartei Wyzwolenie und die Bauernpartei haben eine gemeinsame Deklaration betreffend die slawischen Minderheiten in Polen veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Die polnische Demokratie anerkennt gemäß ihrer Tradition die Unabhängigkeitsrechte der ukrainischen und weißrussischen Nation. Was die in den Grenzen der polnischen Republik lebenden slawischen Minderheiten anbelangt, werden die genannten Parteien alles daran setzen, damit diesen die territoriale Autonomie zuerkannt werde. Die genannten Parteien beurteilen entschieden die Politik der nationalen Unterdrückung und fordern eine Aenderung der bisherigen Arbeit der Verwaltungs- und Schulbehörden der gegenüber den nationalen Minderheiten angewandten Politik und Einhaltung der Bestimmungen der Verfassung, mit welcher die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert wurden. In der Deklaration heißt es schließlich, daß die genannten Parteien gemeinsam mit den demokratischen Elementen unter den nationalen Minderheiten einen energischen Kampf gegen alle Erscheinungen des Nationalismus, sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite aufnehmen werden.

### Arbeiter und Polizei.

#### Ein blutiger Zusammenstoß in einer polnischen Stadt.

Warschau, 10. Juni. In dem Städtchen Sitrowice bei Radom kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft der dortigen Hüttenwerke Ostrowice K.-G. und der Polizei. Vor einigen Tagen wurden nämlich in der Fabrik einige Arbeiter verhaftet, welche einen Ingenieur mit Gewalt aus der Fabrik entfernten. Als die Arbeiterschaft gestern den Versuch unternahm, das Polizeiamt zu stürmen, um die verhafteten Arbeiter zu befreien, gab die Polizei eine Salbe in die Menge ab. Drei Arbeiter wurden getötet und sechs verwundet. Die Arbeiterschaft erwiderte mit Revolvergeschüssen, wobei ein Polizeimann getötet und zwei schwer verletzt wurden. Herbeigerufenen Militärabteilungen gelang es erst in den späten Abendstunden, die Ruhe wieder herzustellen.

### Drei Bergleute verschüttet.

Dortmund, 11. Juni. Auf der Zeche „Graf Schwerin“ in Castrup wurden durch Abruchgehen eines Strebepfeilers drei Bergleute verschüttet. Die Bergungsarbeiten gestalten sich sehr schwierig, da von oben immer neue Massen nachströmen. Es ist noch nicht gelungen, bis zu den Verschütteten vorzudringen. Die Hoffnung, sie noch lebend aufzutreffen, muß leider aufgegeben werden.



# Der Zollantrag

der bürgerlichen Parteien verteuert die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie um

wöchentlich K<sup>č</sup> 13.50

oder

jährlich um über 700.— K<sup>č</sup>.

Und dafür stimmen der

**Bund der Landwirte, die Christlichsozialen und die Gewerbetätigen.**

## Tagesneuigkeiten.

### Kommunistische Demonstrationen in den Prager Straßen.

Prag, 11. Juni. Heute abends fanden im Anschluß an ein kommunistisches Meeting auf dem Sabliskýplatz, wobei es sich die Kommunisten freilich nicht verlagern konnten, gegen die übrigen sozialistischen Parteien zu hegen, Demonstrationen der Kommunisten gegen die Agrarzölle statt. Die Massen versuchten nach der Versammlung auf den Wenzelsplatz zu gelangen. Der Zug kam jedoch nur bis zum Polizeikommissariat in der Heinrichsgasse, aus dessen Tor eine starke Abteilung von Wachleuten anmarschierte und den Zug der Demonstration zum Stehen brachte. Die Polizei versuchte, die Menge zurückzudrängen, was ihr aber nicht gelang. Plötzlich überließen Hubschrauber das Gejohle und Schreien der Menge. Die Kommunisten versuchten mit einem Lastauto, das von ungefähr 20 Personen dicht besetzt und mit mehreren roten Fahnen und Plakaten geschmückt war, den Polizeifordon zu durchbrechen, was aber nicht gelang.

Dann ging die verstärkte Wache vor und drängte die Kommunisten einerseits auf den Sabliskýplatz, andererseits in die Heinrichsgasse hinter dem Kirchurm. Die Demonstranten, die sich bis dahin begnügt hatten, mit Stöcken und Schirmen zu drohen, überschütteten die Polizeiabteilung in der Nähe der Braubank mit einem Steinregen, worauf die Polizei noch energischer mit ihren Knütteln darauf losging.

Es gelang schließlich, die Menge bis zur Pflastergasse zurückzudrängen. Bei einem neuerlichen Zusammenstoß erlitten plötzlich mehrere Revolverbesitzer, sowohl aus der Volzangasse als auch aus dem Stadipark. Die Polizei hatte von der Schusswaffe Gebrauch gemacht. An der Ecke der Volzangasse lag ein Mann mit durchschossener Wade, der sogleich fortgeschafft wurde.

Die Menge wich vor den Polizeiabteilungen, die immer wieder verstärkt wurden, durch die Lützowgasse und durch die Hooverstraße in die Hibernergasse und von dort gegen Zizlow zurück. Plötzlich hörte man aus der Zizlower Karlsstraße, wo die Wache mit den Demonstranten neuerlich zusammentraf, Revolvergeschüsse, die die Polizei abgegeben hatte, um die Menge, die aus Zizlow zahlreichen Zustrom erhielt, zum Weichen zu bewegen. Ein Teil wurde in die Gasse, die in Zizlow, die längs der Bahn führt, abgedrängt, der größte Teil in die aufsteigende Karlsstraße.

Gegen halb acht Uhr abends waren der Sabliskýplatz und die anschließenden Straßen, die Hibernergasse und die Zizlower Karlsstraße vollständig geräumt.

### „Reichsgesundheitswoche“?

In der Zeit vom 13. bis 20. Juni soll in der Tschechoslowakei eine Reichsgesundheitswoche stattfinden, von der die Öffentlichkeit aber fast gar nichts weiß. Auf solche Art ist der Sache, selbst wenn es die Veranstalter gut meinen, nicht gedient. Nicht treffend zeichnet die Stellung der Arbeiterschaft zu dieser Veranstaltung „Der Wacker“, das Organ des Arbeiter-Abstinentenbundes, indem er schreibt:

Der Gedanke der Gesundheitswochen, der von England und Deutschland ausgegangen ist, kann gewiß mit Zustimmung aufgenommen und begrüßt werden. Der Mensch ist das wertvollste, kostbarste, unerlässlichste Gut der Gesellschaft, die leibliche und geistige Gesundheit die wichtigste Bedingung zur Verwertung dieses Kapitals, sie wird in der kapitalistischen Gesellschaft täglich bedroht, untergraben, verwüstet, die meisten Menschen denken nicht an ihren Schutz, solange sie nicht leidend sind. Aberglaube und Unwissenheit tragen in weitestem Maße dazu bei, um sie zu zerstören, wir müssen daher alle Wege beschreiten, die Aufklärung über Gesundheitslehre verbreiten, die Massen belehren über das, was sein soll und muß. Sicher können Gesundheitswochen ein brauchbares Propagandamittel sein.

Sie können! Aber dann müssen sie geschickt und gründlich vorbereitet werden; es müssen alle dazu berufenen und bereiten Stellen und Menschen zur Mitarbeit rechtzeitig herangezogen, an den richtigen Platz gestellt werden; es müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Mit einem Worte: man darf Gesundheitswochen nicht improvisieren, wenn man der Sache nicht mehr schaden als nützen will.

Bei uns? Wieviele Menschen gibt es denn, die heute etwas von der Reichsgesundheitswoche wissen? Vor wenigen Tagen hatten Kranken-

lassen und Gemeinden nicht einmal Einladungen zur Beteiligung, ob sie heute schon eingeladen wurden, weiß ich nicht. Man erfucht den und jenen um Mitarbeit, fordert auf, Vorträge zu veranstalten, Lichtbilder und Filme vorzuführen, Schundbücher zu verbrennen, Feiern zu veranstalten, Geschenke zu verteilen, und was weiß ich noch alles; aber man sagt dem Arzte oder dem Vereine, der aufgefordert wird, nicht ein Wort darüber, nach welchem Plane man das alles machen soll, und vor allem, wer die Kosten trägt. Die Presse hat bisher das offizielle Kommuniqué des vorbereitenden Ausschusses teils ganz, teils auszugsweise abgedruckt, sonst hat sie sich nicht um die Sache gekümmert. Man soll Plakate, Gesundheitsmerkbüchlein, Mustervorträge bestellen, aber niemand sagt, aus welchen Mitteln sie bezahlt werden sollen. Aus angeblich „höheren lebenswichtigen“ Gründen war es nicht möglich, die Reichsgesundheitswoche zu verschieben, man ist sich bewußt, daß die Zeit für die Vorbereitung viel zu kurz ist, aber man setzt sich in den Kopf, eine „Generalprobe“ abzuhalten; ja begreift man denn nicht, daß das Mißlingen der Unternehmung die Idee schädigt und bloßstellt?

Aber das ist es nicht allein, was unser Mißtrauen gegen den Plan wachgerufen hat. Die ganze Sache erinnert uns ein wenig an die berühmten „Mutertage“, von denen der Simplizissimus nicht mit Unrecht behauptet, sie seien von den Blumenhändlern erfunden worden, um das Geschäft zu beleben; er erwarte nunmehr, daß die Zigarrenhändler bald mit dem Plane der Vätertage herausdrücken werden, an denen die Pappas, die doch auch keine Hunde seien, mit Nikotin überrascht würden. Wir haben nun einmal wenig Verständnis für den gesundheitlichen oder auch propagatorischen Wert von Turnbläsen, Gedenkbaumplantagen, Kirchenfeiern, Sonnenwendfeiern, Bierminutenschweigen u. dgl. Ja, wir empfinden es sogar als eine Art von Verhöhnung, wenn man von einem Bierminutenschweigen um drei Uhr nachmittags an einem Arbeitstage spricht, zu einer Zeit, da Millionen Menschen im Schachte und der Fabrik schwerer Arbeit und mühevoller Fron erliegen.

Es sei offen gesagt, diese ganze Wochenordnung ist zugeschnitten auf bürgerliche Kreise, die viel Zeit übrig haben, nicht aber auf die sich radernd und schwühende Arbeiterschaft. Und daß dieses ganze so überaus reichhaltige Programm, das an alles mögliche gedacht hat, an dem wichtigsten hygienischen Probleme der Gegenwart, ohne dessen Lösung Bekämpfung der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten, des Alkoholismus, der Kindersterblichkeit ein Kampf gegen Windmühlen sind und bleiben müssen, an der Wohnungskrise vorbeigeht, ohne sie auch nur mit einem Worte zu streifen, läßt uns die ganze Gesundheitswoche als ein unbrauchbares Torso erscheinen. Wir wissen es, daß weite Kreise, die sich vielleicht bei der Gesundheitswoche Vorbeeren holen wollen, unsere Forderungen nach dem Achtstundentag, nach den Jugendlernerurlauben bekämpfen oder doch bekämpft haben; wir wissen es und haben es erlebt, daß man den Alkohol nur bekämpft, solange das eigene Gläschen nicht dadurch in Gefahr gerät, daß die lex Holstischer gerade von den Deutschnationalen abgelehnt worden ist, und daß unser Kampf für das Gemeindefestbestimmungsrecht abgelehnt wird, weil die Interessen des Brauergeldsades und der Gastwirte dabei verkürzt werden könnten. Unsere politischen und sozialen Forderungen sind gleichzeitig auch die hygienischen Forderungen der Gegenwart; und wir wissen, daß Volksgesundheit, wie wir sie uns vorstellen, nie und nimmer erreicht werden kann, so lange diese unsere Forderungen nicht zur Tat geworden sind.

Aus allen diesen Gründen haben wir kein Vertrauen zu der Reichsgesundheitswoche.

### Diktatur und Korruption.

Die Kommunisten weisen ständig auf den glänzenden Aufschwung des Genossenschaftswesens in der Sowjetunion hin. In vollem Gegensatz zu diesen Behauptungen steht jedoch die Charakteristik der Genossenschaften, die der bekannte Kommunist S o s n o w s k i auf dem Kongreß der Arbeiterkorrespondenten gegeben hat („Prawda“ vom 1. Juni):

„Weßhalb haben die Berantretungen in den Genossenschaften solche unerhörte Dimensionen angenommen? Aus dem einfachen Grunde, weil dort die „genossenschaftliche Demokratie“ sehr schwach vertreten ist. Die Genossenschaften bilden sozusagen ein Durchgangstor für Leute, die sich bereichern wollen. Es muß offen gesagt werden, daß die Bildung der neuen Bourgeoisie auf dem Lande sich in bedeutendem Maße mit Hilfe der Genossenschaften vollzieht: man kommt, greift zu und geht weiter — der nächste macht es genau so. Das Straßengesetz sagt: man darf nicht stehlen. Die Parteibestimmung sagt: man darf nicht stehlen. Und trotzdem sind die Diebstähle an der Tagesordnung.“

Sosnowski weist ferner auf die Hauptursache dieser Erscheinung hin:

Nach wie vor existiert bei uns ein falscher Begriff von dem Parteiprestige. Viele sind noch immer fest davon überzeugt, daß das Erscheinen eines Parteimitglieds auf der Anklagebank kompromittierend für die Partei sei. Vor kurzem hat in Odessa ein angesehener Parteigenosse folgendes gesagt: „Ein Kommunist verlangt die gerichtliche Verfolgung eines anderen Kommunisten! Welche Gemeinheit!“ Solche Ansichten sind bei uns noch stark verbreitet.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, solange die kommunistische Partei selbstherrlich über die gerichtliche und exekutive Gewalt verfügt und die ganze Öffentlichkeit monopolistisch beherrscht, der Kampf gegen diese Erscheinungen, die die Bedeutung der Genossenschaften vollkommen untergraben, aussichtslos ist.

Die letzte Garnitur. Der „Kritikus“ aus der kommunistischen „Internationale“ scheint aus der Slowakei bereits wieder heimgekommen zu haben. Denn bei seinem ersten Wiederauftauchen in den Spalten dieses Blattes erzählt er nichts mehr von solchen östlichen Nüdninnen, die ihm trotz ihrer Goldkette imponiert haben, nichts von Reisesegelschiffen, die dem bolschewistischen „Kritikus“ angenehm die Zeit vertrieben, obwohl sie so national-bürgerlich waren, daß sie nicht einmal italienische Orangen aßen. Von alledem schweigt jetzt „Kritikus“, der seiner Intelligenz nach mit einem gewissen Hansjörgel identisch sein dürfte, und wendet sich heimischeren Angelegenheiten zu, mit denen man ihn immerhin vertrauter vermuten sollte als mit reisenden Bourgeoisien aus der ersten oder zweiten Eisenbahnklasse. Aber „Kritikus“ hat schon einmal Recht. Ob in der Slowakei oder in Teplitz, überall binden ihn die Leute Bören auf. Argendeiner, der sich aus dem armen Teufel einen guten Tag machen wollte, hat ihm eingeredet, daß in der deutschen sozialdemokratischen Partei jetzt „die zweite Garnitur in die Presse springen“ müsse, daß Hofbauer „nach einer internen Abschiedsfeier“ Teplitz verlassen werde, weil er Chefredakteur des „Sozialdemokrat“ geworden sei und daß in Prag die Doktoren Strauß und Franzel die Parteiführung übernehmen werden. Kritikus ist schon ängstlich besorgt um das Schicksal unserer Partei unter dieser zweiten Garnitur, denn Hofbauer sei ein erbärmlicher Rechtssozialist geworden, die beiden anderen Genossen seien „organisationsfremd“ und Franzel überdies ein fürchterlicher Antikemist. (Diebstahl dem „Kritikus“ sicherlich wieder die lebenswürdige slowakische Nüdnin mit dem Goldkette eingefallen!) Um die Schöne zu beruhigen, stellen wir fest, daß da jemand ihren Freund elend angeschwärt hat oder das er sich selber alles erlogen hat, Weber an der Geschichte mit dem Chefredakteur noch an der mit der Parteiführung ist auch nur ein wahres Wort. Die „Internationale“ sollte doch trachten, von dieser letzten Garnitur ihrer Berichterstatter loszukommen, weil sie sich sonst einfach unmöglich macht oder wenigstens sollen die Teppen nur revolutionäre Eindrücke aus der Slowakei niederzuschreiben.

Das Adelsprädikat des sozialdemokratischen Abgeordneten. Genosse de Witte schreibt uns: Nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse hat sich das Hauspräsidium dieser Tage auch mit der wichtigen Frage befaßt, wie es noch immer bei Schreibung meines Namens das Adelsprädikat „de“ gebrauche, trotzdem doch der Adel abgeschafft und die Führung von Adelsprädikaten gesetzlich verboten ist. Schließlich kam man — so heißt es in den Meldungen — dahin überein, durch das Ministerium des Innern die Rechtmäßigkeit und historische Herkunft dieses Adelsprädikates feststellen zu lassen. Mein erster Gedanke beim Lesen dieser Meldung war der auch nahegelegendste: „Glückliche Leute“, hab'n zu so 'was a Zeit“. Im übrigen aber möchte ich doch dem Ministerium des Innern nicht unnötigerweise etwas von seiner kostbaren, augenblicklich von viel wichtigeren Aufgaben — Verbot von Matteotti-Versammlungen ufm. — in Anspruch genommenen Zeit rauben, und so empfehle ich ihm denn, vom Kreisgerichte Eger die mein „Adelsprädikat“ behandelnden Akten kommen zu lassen, um gleich im Wilde zu sein. Der Staat hat mir nämlich schon aus dem gleichen Grunde den Prozeß gemacht und ihn in allen Instanzen verloren, da das „de“ ein Bestandteil meines Namens ist — meine Familie ist vlämischer Herkunft — und ich natürlich nicht willkürlich meinen Familiennamen ändern kann. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um dem Ministerium des Innern weitere Bemühungen hinsichtlich des „Adelsprädikates“ zu ersparen und auch die bürgerliche Presse — die tschechische, wie die deutsche — zu beruhigen.

Die Sprachenfrage bei Einladungen zum Präsidenten. Zu der im Abendblatt der „Narodni Listy“ am 10. d. M. veröffentlichten Meldung mit der Ueberschrift: „Die deutsche Sprache in der Kabinettskanzlei des Präsidenten“ übersendet die Kanzlei des Präsidenten der Republik folgende Aufklärung: „Zu den Empfängen bei dem Herrn Präsidenten werden die tschechischen Gäste ausschließlich mittels tschechischer Einladungen geladen. Unsere Staatsbürger deutscher Nationalität werden in deutscher und tschechischer Sprache eingeladen. In dem Falle, welcher den Anlaß zur obigen Meldung gab, ist es nur durch ein Versehen geschehen, daß einem tschechischen Gaste eine Einladung in tschechischer und deutscher Sprache gesandt wurde. Dem Eingeladenen wurde das Versehen einerseits als Fehler, hervorgerufen durch die unrichtige Einreichung des Eingeladenen unter die Professoren der deutschen Universität, andererseits durch die große Zahl der Einladungen aufgeklärt. Es ist also nicht wahr, daß auf der Einladung auch der Name des Eingeladenen in deutscher Sprache geschrieben war.“

Ein Arbeiterkind vom Auto überfahren. In Rum burg fuhr Mittwochs nachmittags das Auto des Farbwerkes Dehnert durch die enge Hübnerstraße. Das zehnjährige Tochterchen des Heizers Klingner wollte gerade auf die Gasse hinauslaufen und wurde vom Auto niedergestoßen. Das arme Kind erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot. Der Vorfall zeigt, daß auch in den Kleinstädten die modernen Verkehrsgesfahren

# Rundfunk für Alle!

Programme für morgen, Sonntag.

Prag: 8.30 Landwirtschaftsfunk und Pressenachrichten. — Landwirtschaftsvortrag, 9.30 Übertragung aus der Karolinenthaler Kirche, 11.00—12.00 Vortrag der populären Kapelle Fr. Ludwig: Smetana: Sibuffo, Dub., Nationallieder, Tschailowfki; Eugen Dvornik, Phant., Sibich: Boem. 17.00—18.00 Nachmittagskonzert. Sextett d. R. J. Tschailowfki; Walzer aus der Oper „Eugen Onegin“, D. Medbal; Von Märchen zu Märchen. Phantasia, Zingaglia v. Piemontesischer Tanz, J. Offenbach: Menuett und Barcarole aus „Hoffmanns Erzählungen“. Reinecke: Paletinustill aus der Oper „König Manfred“, Siede: Matador. Spanischer Tanz. — 18.00 Deutsche Sendung: Tilly de Garmo, Mitglied des deutschen Landestheaters in Prag; 2 Arien aus „Freischütz“ von Weber und Wiegenlieder aus „Der Ruf“ von Smetana; am Klavier Kapellmeister Hans Schid, Prag. — 20.00 Wettervorhersage. 20.02 Punter Abend. Mitwirkende: Sextett des R. J., Prager Mandolinklub, Vasa Chmel (Geige), J. Stjepanec (Geige), Rezitation. Alghardi: Auf Reisen. Suite, Sextett. A. Kaan: a) Linden, b) Wenn der Mai zurückkehrt. Gesang. Toselli: Serenade. (Geige.) c) Siede: Indiskretion. Sextett. R. Friml: a) Churavim, b) Das Kränzchen. R. Drigo: Der vertriebene Pietro. Rezitation. Jelsou: Die Prager am Ausflug. R. Zamzra: a) Va cigan, b) Csiky Kravovadel, c) Na dubě Itala hrdlička. H. Dvořak: Humoreske (Geige) Silvio Negri: Al chiaro di luna. Serenade, Solbetti: Nocturne. Intermezzo. L. Ruffini: A Santa Cecilia. Marsch. J. Boboril: Frühlingsküstchen. Mazur. Leberer: Reue des Fleurs. Walzer. 21.00 Promenadenkonzert. 22.00 Zeitsignal aus der Prager Sternwarte. Es folgen Sport, Theater, und neueste Nachrichten des Pressebüros. — Brunn: 9.30 Landwirtschaftsfunk. Prof. Dr. E. Bayer: Die Natur und der Ursprung der Haustiere. 10.00—11.00 Konjermatinee: Mito, Opernsängerin Cechova-Levickova. R. J.-Orchester. Rossini: Ouvertüre zu „Der Barbier von Sevilla“. R. J.-Orchester. Mozart: Arie d. Figaro aus „Zauberflöte“ (Frau Cechova-Levickova). Verdi: Phantasia aus „Aida“ (Orchester d. R. J.). Mozart: Arie d. Konstanze aus „Die Entführung aus dem Serail“ (Frau Cechova-Levickova). Tschailowfki: Phantasia aus der „Baque Dame“ (Orchester des R. J., am Klavier Kapellm. J. Janota). 19.25 Einführung zur Opernsendung „Talsbor“. 19.30 Opernübertragung aus dem Nationaltheater in Brunn: Talsbor, Oper von V. Smetana. Hierauf Nachrichten des Pressebüros.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

wachsen und immer neue Menschenopfer fordern, wenn nicht auf beiden Seiten höchste Vorsicht geübt wird.

Die Vorlage über die Vereinigung der beiden Brünnner Bezirksgerichte stand in der am 1. Juni stattgefundenen Sitzung des Verfassungsausschusses und Rechtsausschusses zur Verhandlung. Den Bemühungen unseres Vertreters im Verfassungsausschuss, Genossen Hadenberg, ist es gelungen, die Abhebung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung zu erwirken. Ueber das Schicksal der Vorlage selbst ist naturgemäß noch nicht endgültig entschieden.

Der Sowjetgesandte in Hofstracht. Das tschechoslowakische Pressebüro verkündet folgende Nachricht:

London, 11. Juni. Blättermeldungen zufolge erschien gestern der Sowjet-Charge d'affaires bei der Rezeption beim König in Hofstracht, in kurzen Hosen und mit dem mit Edelsteinen besetzten Degen.

Man erinnere sich, was die kommunistische Presse für Tänze aufführte und welches Judanergelien sie anstimmte, als seinerzeit die englischen Arbeiterminister in traditioneller Tracht erschienen waren. Nun geht der Sowjetgesandte zur „Rezeption“, zum Tee-Empfang des englischen Königs, und macht dem Herrscher des britischen Imperiums, das die Kommunisten doch nur deshalb nicht stürzen können, weil es die Sozialpatrioten verhindern, seine Aufmerksamkeit auf Hofstracht und gar mit einem edelsteinbesetzten Degen! Wie wär's, wenn „Vorwärts“ und „Internationale“ ein Bild dieses auswärtigen Rotarmisten brächten?

Bierzehnte tschechoslowakische Klassenlotterie. Grundzahlen 16 und 33.) 100.000 K.: 177816; 30.000 K.: 49933; je 10.000 K.: 99433 119816; je 5000 K.: 1033 7083 9833 14133 40716 46933 48516 61533 65616 72516 95816 105716 124716 126816 139733 187033 190833 230733; je 2000 K.: 9133 15733 23133 26333 36216 40333 51333 53733 54233 70033 74533 76633 81316 85016 87833 110533 116916 132916 136033 151816 160433 162733 166316 175016 176416 186016 201616 202616 207016 209016 219433 219716 226633 227016 231316 235316 237133 237233; je 1000 K.: 8716 13616 15033 28633 34333 37233 40116 47616 61016 62716 65816 66033 75033 77433 78816 84016 84916 86116 93533 93716 94916 106316 114533 118916 121516, 124416 125733, 129133 134233 135216 138516 138833 139816 140533 148216 148933 154533 162533 170033 170916 174333 176733 179933 177316 177533 179116 180133 180533 185233 185916 188416 190633 192516 192816 193716 197533 197633 198933 200433 203333 205933 207116 207716 211433 213616 219216 220933 225016 225633 226333 227733 228533 229316 230233 232016 234816 235533.



Waisenkinder ist abzugeben. Unter dem schönen Titel veröffentlicht die „Sudetendeutsche Tageszeitung“ folgende noch schönere Meldung:

Ein unter der Vormundschaft des städt. Kinderkommissars in Troppau stehendes Mädchen, 4 Monate alt, dessen Mutter bei der Geburt gestorben ist, vollkommen verwaist, ist wegen vorzüglicher Mittellosigkeit an liebevolle Personen dauernd abzugeben. Das Kind kann im Säuglingsheim der deutschen Landesstelle für Kinderfürsorge und Jugendfürsorge für Schlesien in Wigtadil beschäftigt werden.

„Abzugeben“, wie ein Subabonnent der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ und „kann beschäftigt werden“ wie ein altes Klavier, aus dem der Besitzer noch ein paar Kronen herausholen will. Selbst wenn sie wohl tun und Hilfe leisten wollen, reden und schreiben sie schon wie Warenhändler, diese elden Germanen!

Ein staatlicher Kurs für Buchwarte in Karlsbad. Auf Grund eines Erlasses des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur findet heuer in Karlsbad in der Zeit vom 2. bis 23. August ein staatlicher Lehrgang für Buchwarte statt, der den Zweck hat, Buchwarten in Gemeinden von 2-10.000 Einwohnern das nötige theoretische und praktische Wissen beizubringen. In den Lehrgang werden aufgenommen: In erster Linie Buchwarte oder Personen, die einen solchen Posten begleiten wollen oder sollen. Und zwar zunächst aus dem ganzen Gebiete der Republik aus Orten von 2-10.000 Einwohnern, ferner Distriktsbüchereiaufsicher und Bücherei-Referenten der Bezirksbildungsausschüsse. Zahlreich können auch Buchwarte von Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner aufgenommen werden, wenn sie die erforderliche Vorbildung (Bürgerliche) besitzen und in der Umgebung von Karlsbad (Bau) ihren Wohnsitz haben. Besitzen solche Buchwarte die erforderliche Vorbildung nicht, so können sie trotzdem ein Gesuch um Aufnahme einbringen, über das in jedem einzelnen Falle das Ministerium entscheidet. — Die Anmeldungen sind bis zum 15. Juni l. J. an den Bezirksbildungsausschuss Karlsbad (Prof. Dr. L. Herold) Gymnasium zu senden. Die Teilnehmer des Lehrgangs, die um Pächterpreisermäßigung ansuchen, haben ihre Gesuche mit der ausdrücklichen Bemerkung, ob es sich um zwei Reisen (Hin- und Rückreise) oder eine tägliche Fahrt handelt, ebenfalls beim Bezirksbildungsausschuss in Karlsbad einbringen. Gleiches haben sie die ausfallende „Eisenbahnlegitimation“ (erhältlich an den Kassenschaltern der Bahn), die unbedingt mit dem Gemeindefiegel der Aufsehergemeinschaft und einer 5 K-Stempel zu versehen ist, beizulegen. — An mittellose Teilnehmer aus entlegenen Orten werden 10 Staatsstipendien zu 300 K und 10 Staatsstipendien zu 200 K nach Abforderung des Lehrgangs verliehen. Die entsprechenden Gesuche sind bis längstens 2. August einzubringen. Die Gemeinden sind gehalten, die Kosten des Lebensunterhaltes zu decken, die dem Buchwart aus der Teilnahme am Kurs erwachsen. Die Anmeldungen müssen genaue Angaben enthalten, ob die Teilnehmer auf eigenes Zimmer oder gemeinsame Unterkunft, auf gemeinsames Mittagstisch, Vesperverköstigung und staatliches Stipendium reflektieren. Die Anmeldebogen sind sofort beim Bezirksbildungsausschuss Karlsbad zu verlangen.

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper findet in Bodenbach vom 26. bis 28. September 1926 statt. Auf der Tagesordnung werden stehen: Innere Verbandsangelegenheiten (Tätigkeitsbericht, Rechnungsbericht, Voranschlag 1926-1927, Wahl des Vorstandes, der Rechnungsprüfer, des Schiedsgerichtes), Berichte (ein Bericht über den Finanzausgleich zwischen dem Deutschen Reich und seinen Selbstverwaltungsverbänden, erstattet von einem reichsdeutschen Sachmann, der gleiche Gegenstand für die Tschechoslowakei, Bodenreform und Waldverstaatlichung). Nähere Mitteilungen werden noch durch die Presse und durch die „Verbandsnachrichten“ erfolgen.

Zum Internationalen Bibliothekarenkongress in Prag. Vom 28. bis 30. Juni findet in Prag der Internationale Kongress der Bibliothekare und Bücherfreunde statt, der sich mit wichtigen Fragen der geistigen Zusammenarbeit und des Austausches wissenschaftlicher Bücher und Bibliothekare beschäftigt wird. Neben dieser auf strenger Wissenschaftlichkeit aufgebauten Kongressarbeit sind die Fragen der Volksbüchereien nicht zurückgestellt worden, sondern sollen in ihrer vollen Bedeutung für die moderne Kulturentwicklung jedes Volkes behandelt werden. Die Vorarbeiten leistet ein Ausschuss, an dessen Spitze Prof. Tille steht. Die Sudetendeutschen sind an diesen Arbeiten durch Sachleute und Bücherfreunde, darunter dem Prorektor Jatsch, Prof. Wostny, Direktor Jatsch, Dr. Moucha u. a. entsprechend vertreten; auch an der wissenschaftlichen Arbeit des Kongresses werden sie Anteil nehmen. Eine der Bedeutung des wissenschaftlichen und schöngestigen deutschen Buches würdige Vertretung der deutschen und österreichischen Sachleute wird erwartet. Eine starke Teilnahme sudetendeutscher wissenschaftlicher und volksbildnerischer Kreise sowie Einzelner am Kongress selbst und seinen Arbeiten nachdrücklich empfohlen. Der Teilnehmerbeitrag beträgt für einzelne oder Körperschaften 100 K (bei 5 Vertretern ein- und derselben Körperschaft 200 K); die Teilnehmer erhalten 33 Prozent Bahnermäßigung, freien Zutritt zu den Ausstellungen und zahlreiche Veröffentlichungen (darunter auch eine sudetendeutsche). Im Anschluss an die Kongressberatungen erfolgt am 1. und 2. Juli die Studienfahrt nach Südböhmen,

wo auch die wertvollen Büchereien und Archive in Krumau und Stift Hohenfurt besucht werden. Am 3. Juli findet die Schlussfeier in Prag statt.

Große Eisenbahnkatastrophe. Am Salztiber in der Nähe von Kapstadt ereignete sich gestern ein schwerer Zugzusammenstoß. Das Auseinanderprallen der beiden Züge war derart heftig, daß ein großer Teil der Wagen aus den Schienen gehoben und vollkommen zertrümmert wurde. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 14 Personen getötet, 50 verletzt worden, darunter einige so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Wegen widerrechtlicher Anzucht wurde in den letzten Tagen der Schmeißer A. S. in Trontenau von der Gendarmerie dem Gefängnis eingeliefert. S. soll Knaben im Alter von 10 bis 12 Jahren in seine Wohnung genommen haben, um sie dort seinen homoerotischen Trieben gefügig zu machen.

## Die Totengräber unserer deutschen Kultur- und Kunststätten.

Nicht einmal ein Jahr hat es gedauert und die mit so großen Versprechungen ins Leben gerufene Theatergesellschaft für die „sudetendeutsche Bühne“ in Teplitz ist zusammengebrochen. Nach den Berichten in der Presse ist die Theatergesellschaft schon vor Wochen in derartige finanzielle Schwierigkeiten gekommen, daß sie nicht mehr weiter konnte. Die leitenden Funktionäre haben an den Bürgermeister eine Zuschrift gerichtet, in der sie mitteilen, daß die Gesellschaft in Konkurs gehen müsse und die Vorstellungen im Theater für den letzten Teil der Spielzeit nicht stattfinden können, wenn nicht die Gemeinde das vorhandene und weiterhin entstehende Defizit zur Deckung übernehme. Der Stadtrat von Teplitz hat nun sofort die für die nächsten vier Monate zu zahlende Subvention im Betrage von 80.000 Kronen auf einmal flüssig gemacht, um die Auszahlung der Juni-Wagen für die Bühnengestellten zu ermöglichen. Was dann weiter geschehen soll, ist vorläufig noch nicht klar; es sind nun eine Menge Köpfe an der Arbeit, um den Preis recht gründlich zu behandeln und dabei wahrscheinlich gänzlich zu verderben.

Jedes Volk hat seinen König, den es verehrt und jede Stadt hat Kunststätten, die dem Geist entsprechen, welcher in der betreffenden Stadtverwaltung herrscht! Wenn dies irgendwo zutrifft, so auf die Kultur- und Kunststätten in den deutschen Städten der tschechoslowakischen Republik. Was wird da nicht bei festlichen Anlässen über die deutsche Kultur und die deutsche Kunst geredet. Mancher der deutschen Politiker und Kommunalverwalter triefst nur so von Liebe und Verständnis für die kulturellen Bestrebungen des deutschen Volkes. Nur wenn durch die Tat bewiesen werden soll, wie ernst man es mit der Kultur des deutschen Volkes meint, wenn es Geld und Hirnschmalz kostet, dann versagen die Herren. Wir haben dies ja in Auffig, in Reichenberg, Gablonz und Eger ebenfalls miterlebt, als es darum ging, das Theater als Kunststätte zu erhalten. Neben dem Anstalt auf die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten und ihre geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse war es in Auffig, wo die sozialdemokratische Stadtverwaltung das Theater mit Mühe und Opfer in die Höhe brachte, mit einer der ersten Taten unserer bürgerlich-nationalsozialistischen Gemeindegemeinschaft. Die Art an das deutsche Theater zu legen. Die Eigenregie führte wurde als „sozialdemokratisches Experiment“ bezeichnet und das Theater wurde verpackt. Unsere Genossen in der Stadtverwaltung haben sich dagegen zur Wehr gesetzt, konnten aber das Attentat nicht verhindern, nachdem nun einmal der Ausgang der Gemeindevahlen auch das Schicksal des Theaters in die Hand der derzeitigen Mehrheit legte. Nachdem der Beschluß auf Verpachtung des Theaters in der Gemeindevertretung gefaßt war, schrieben wir, daß es nunmehr mit dem Theater bergab gehen werde und die Theaterfrage weiter in Auffig ein ungelöstes Problem bleibt. Wie recht wir damit hatten, beweisen die Erfahrungen im letzten Jahre. Weder die Schwierigkeiten, noch die finanziellen Aufwendungen sind kleiner geworden; kleiner wurde höchstens das Aussehen des Theaters und sein Wert als Kunststätte.

Mit dem Teplitzer Theater ist es so ähnlich gegangen. Die Gemeindevahlen im Oktober 1923 haben einen Erfolg für die bürgerlichen Parteien gebracht und die neue Mehrheit ging ebenfalls daran, mit der „Theaterwirtschaft“ Ordnung zu machen. Vor allem mußte, so wie in Auffig, der letzte Rest von Eigenregie beseitigt werden. Die Teplitzer Gemeindegemeinschaften stehen genau so wie ihre Auffiger Kollegen auf dem Standpunkt, daß man die Eigenregie schon deshalb beseitigen muß, weil sie eine sozialistische Forderung darstellt und dabei noch der große Vorteil herauskommt, daß man sich einer großen Arbeit und Verantwortung entledigt und sorgenloser regieren kann. Es wurde also eine Theatergesellschaft, G. m. b. H. gegründet, der man das Theater übergab. Unsere Genossen in der Teplitzer Stadtverwaltung haben vor dem Experiment gewarnt und als die Warnung unbeachtet blieb, eine Erklärung abgegeben, in der sie feststellten, daß sie grundsätzlich dagegen sind, daß die G. m. b. H. das Theater übernimmt, daß sie aber dem Versuche der Neu-

regulierung der Betriebsführung keine Schwierigkeiten in den Weg legen wollen und sich aus diesem Grunde der Abstimmung über diese Angelegenheit enthalten. Was unsere Genossen in der Teplitzer Stadtverwaltung schon damals vorausgesehen haben, ist sehr früh eingetreten. Trotz aller Kunststücke, die dem Theater als Kunstinstitut sicher nicht zum Vorteil gereichten, ist die Theater-Gesellschaft nunmehr während der Spielzeit total fertig geworden. Soll ein Theaterlandl vermieden werden und die Vorstellungen bis zum Ende der Spielzeit stattfinden, so muß die Stadt mit finanziellen Mitteln einpringen. Was sich in den anderen deutschen Städten bereits wiederholt hat und künftig noch wiederholen wird — denn daß die bürgerlichen Gemeindevorteiler in der nächsten Zeit Vernunft annehmen würden, ist ja kaum anzunehmen — ist nun auch in Teplitz eingetreten. Der Bestand des Stadttheaters als Kunst- und Kulturinstitut ist in ernstester Gefahr! Ein gutes, künstlerisch hochstehendes Theater ist eben nur dann zu erhalten, wenn die gesamte Bevölkerung zusammensteht und eine vernünftige Kultur- und kunstfreundliche Stadtverwaltung sich mit allen Mitteln für die Erhaltung einsetzt. Da gehts natürlich nicht so, daß man immer auf ein „Politikum“ hintweist, wenn Andersdenkende oder gar die Sozialdemokraten ihre Auffassung verteidigen, sondern nur, wenn man ernstlich über das ganze Problem und seine Lösung nachdenkt, die Kunst- und Kulturstätten als Gemeingut aller Menschen und nicht als Privilegienbesitz einzelner kleiner Schichten der Bevölkerung betrachtet.

Bemerkenswert ist auch die Stellung der deutschen Nationalsozialisten zur Teplitzer Theaterfrage. In einem großaufgemachten Artikel im „Tag“ vom 10. Juni l. J. schreibt der Teplitzer Stadtverordnete Sepp Waplik über die Teplitzer Theaterkrise und kommt dabei zu der Schlussfolgerung, daß die Führung des Stadttheaters nur möglich ist, wenn der gesamte Theaterbetrieb in die absolute und uneingeschränkte Eigenregie der Stadtgemeinde übernommen wird und eine Einschränkung des Betriebes durch die Auffassung der Oper im Sommer, durch die Schließung eines oder beider Säle im Theater an theater schwachen Tagen im Sommer und im Winter und durch Zulassung von geschlossenen Arbeitervorstellungen im Rahmen der bestehenden deutschen Arbeiterparteien möglich ist. Der Herr Sepp Waplik steht also mit seiner Meinung in diametralen Widerstreit zu der Auffassung seiner Auffiger Parteifreunde. In Auffig tragen die deutschen Nationalsozialisten dafür die Verantwortung, daß die bürgerlichen Pläne betreffend die Verpachtung des Stadttheaters in die Tat umgesetzt werden konnten. Ohne die Stimmen der nationalsozialistischen Vertreter gibt es im Auffiger Stadtparlament keine Mehrheit für die Bürgerlichen. Sie stützen den Bürgermeisterversuch, mit ihrer direkten oder indirekten Hilfe werden alle reaktionären Maßnahmen durchgeführt, mit ihren Stimmen wurde auch die Eigenregie beim Auffiger Stadttheater aufgegeben und die Verpachtung beschlossen. Und wenn heute in Auffig der Weiterführung des Theaters große Schwierigkeiten im Wege stehen, die nicht allzuleicht beseitigt werden können, so sind daran nicht zuletzt die deutschen Nationalsozialisten schuld. Der Herr Sepp Waplik wird also mit seiner Meinung über die Betriebsführung des Theaters wohl hübsch allein bleiben, wenn es zu entscheiden gilt. Solange die Nationalsozialisten keinen direkten Einfluß auszuüben vermögen, wie dies in Teplitz der Fall ist, also ihre Ansichten sozialistischen Theorie bleiben, können sie sich einmal als Sozialisten zeigen und auch für die Eigenregie der kommunalen Betriebsführung eintreten. Soweit sie praktisch arbeiten und ihre Tätigkeit auch verantworten müssen, sind sie Schlepptreuer der Bürgerlichen und genau so wie diese die Totengräber unserer deutschen Kultur- und Kunststätten.

Die Bevölkerung selbst wird also in allen Gemeinden nicht nur das eigene Schicksal, sondern auch das Schicksal der Kunst- und Kulturstätten in die Hand nehmen müssen, d. h. dafür sorgen müssen, daß die Gemeindevverwaltung in die Hände von Vertretern gelegt wird, die nicht einseitige Klassenpolitik des Bestehenden, aber — bis

auf wenige rühmliche Ausnahmen — kultur- und kunstfeindlichen Bürgeriums, sondern Politik im Interesse des kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieges der Allgemeinheit treiben. Kultur und Kunst werden erst dann eine wirkliche und dauernde Heimstätte bei uns gefunden haben, wenn das aufstrebende Proletariat stark und selbstbewußt die Geschicke der Menschheit leitet und unsere Verwaltungskörperschaften frei sind von jenem Vierbankeneinfluß, der gerade dem deutschen Volke schon so schweren Schaden bereitet. Leopold Pözl.

## Volkswirtschaft. Wie liegen die Dinge in Großbritannien?

Auf diese Frage gibt ein im „Labour Press Service“, dem Organ des Britischen Gewerkschaftsbundes und der Britischen Arbeiterpartei veröffentlichter Artikel Antwort, in dem es heißt:

„Nach mühevollen Wochen des Verhandlungens, nach einem Generalstreik von neun Tagen und einer Aussperrung der Bergarbeiter, die bereits mehr als einen Monat dauert, ist das Bergbauproblem noch nicht gelöst. Deshalb ist bis jetzt keine Lösung gefunden worden? Die Antwort ist einfach: weil die Regierung und die Bergarbeiter die Herabsetzung der Löhne und die Verlängerung der Arbeitszeit als einzige Lösung betrachteten. Seit Beginn der Verhandlungen, die nach der Veröffentlichung des Berichtes der königlichen Kohlenkommission einsetzten, beharrten die Unternehmer und die Regierung auf Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerungen. Anstatt geduldig und überlegen den Plan der Kohlenkommission ins Werk zu setzen und die Industrie auf Grund der Empfehlungen der Kommission zu reorganisieren, anstatt sich über die möglichen Resultate dieser Umgestaltungen Gedanken zu machen und festzustellen, welche Opfer die Lage der Industrie verlangt und wie die Bürde gerecht zwischen den betroffenen Parteien verteilt werden kann, hat die Regierung genau den entgegengesetzten Weg eingeschlagen. Sie hat versucht, die Bergleute dazu zu bewegen, die ganze Last zu tragen!

Die blindesten politischen Anhänger der Regierung, die diese während des Generalstreiks mit feierlicher Begeisterung unterstützten, müssen sich nun über die tolle Unvernunft der Regierung Rechenschaft ablegen. Es war ihre Haltung während der Verhandlungen, die zum Generalstreik führten. Baldwin hat den Bericht der Kohlenkommission und das Angebot betreffend die finanzielle Hilfe der Regierung gegenüber den Bergleuten als Räuber verwendet. Auf der ganzen Linie hat er aber in Wirklichkeit ausschließlich Lohnherabsetzungen im Auge gehabt.

Er hat das Problem bis jetzt nie so angefaßt, wie es letzten Endes angepaßt werden muß, das heißt, als eine Frage von national-wirtschaftlicher Wichtigkeit, bei der nicht nur die Löhne und die Arbeitszeit von mehr als einer Million Bergarbeiter eine Rolle spielen, sondern die ganze wirtschaftliche Zukunft des Landes.

Baldwin hat eine Art Lohnherabsetzungsmanie. Schon vor dreizehn Monaten sagte er den Bergleuten, daß ihre Löhne herabgesetzt werden und auf allen anderen Gebieten ebenfalls Lohnherabsetzungen eintreten müssen. Er denkt nie an eine Lösung des Problems, der die gleiche Erwägung zugrunde liegt, wie dem Bericht der Kohlenkommission, das heißt, die Erkenntnis, daß die von den Unternehmern schlecht verwaltete und der Konkurrenz neuer Unternehmungsformen und wissenschaftlicher Betriebsführung und Forschungsmethoden ausgefüllte Industrie ohne drastische Reorganisation den in ihr beschäftigten Arbeitern keinen anständigen Lohn sichern kann. Sein Denken hört mit dem Begriff auf, daß die Industrie noch ein wenig weiterwursteln kann, wenn sich die Bergleute zu längeren Arbeitszeiten und niedrigeren Löhnen verstehen.

Diese Bestrebungen Baldwins kommen das Land viel höher zu stehen, als irgend welche weitere Subventionen. Millionen, die für die Aufrechterhaltung der Löhne und die Finanzierung des Wiederaufbaus der Industrie hätten verwendet werden können, sind im Kampf gegen die Bergarbeiter ausgegeben worden. Weitere Millionen werden verschwendet, während die Aussperrung ihren Fortgang nimmt, um die Bergleute zur Annahme von Lohnherabsetzungen zu zwingen. Volkswirtschaftlich ausgedrückt hat die Regierung das Land gezwungen, viel größere Summen im Interesse der Verschlechterung des Lebensstandards zu verausgaben, als die Aufrechterhaltung des bisherigen Standards und die im dauernden Interesse der Allgemeinheit notwendige Reorganisation nötig machen würde.“

Daß Baldwin bei seiner Politik der Ausschulderung der Bergarbeiter die Öffentlichkeit nicht hinter sich hat, wird durch die Auffsehen erregende Reuwahl in Hammermith bewiesen. Bei dieser Wahl wurde die Bergbaukrise direkt zum Gegenstand des Wahlkampfes gemacht, mit dem Resultat, daß sich die Stimmen der Arbeiterpartei erhöhten, während diejenigen der Konservativen zurückgingen und diese den früher innegehabten Sitz an die Arbeiter abtraten mußten.

Wenn die Bergbauindustrie auf einer guten Grundlage aufgebaut werden soll, so muß sie reorganisiert werden. Zu diesem Schluß kamen die Sankey-Kommission im Jahre 1919, die MacMillan-Erhebung im Jahre 1925 und die königliche Kohlenkommission im Jahre 1926.

Dieser Befund bestimmt die Haltung der englischen Arbeiter und sie werden darin von der ganzen internationalen Arbeiterschaft unterstützt.



VERLANGT UEBERALL



Die wahre Einheitsfront.

In einem der größten Betriebe im deutschen Gebiete Böhmens, in der Norddeutschen Wollkammerei in Neudorf, fanden diese Woche Betriebsauswahlgewahlen statt. Den Lafaien des Unternehmertums ist es nicht gelungen, die festgefügte Organisation der Arbeiterschaft zu sprengen. Gelbe und Christliche haben 26 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl aufgebracht, während die Union der Textilarbeiter einen Zuwachs von 69 Stimmen buchen kann. Von den im Betrieb beschäftigten 2837 Personen sind 2050 wahlberechtigt, abgegeben wurden 1821 gültige Stimmen, 28 Stimmen waren ungültig. Es entfielen auf die Liste der Union der Textilarbeiter 1569 Stimmen, auf die Nationalsozialisten 171, auf die Christlichen 81 Stimmen. Es haben die Sozialdemokraten 13 Mandate, die Nationalsozialisten ein Mandat errungen, während die Christlichsozialen leer ausgegangen sind. Das Beispiel der Neudorfer Arbeiter zeigt, was wahre Einheitsfront ist.

Ein europäisches Darlehen für den Britischen Gewerkschaftsbund.

Auf einer am Montag den 31. Mai im Gewand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam abgehaltenen Sitzung der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes und Vertretern gewerkschaftlicher Landeszentralen mit Vertretern des englischen Gewerkschaftsbundes wurde die Aufnahme eines europäischen Darlehens an den Generalkonvent der englischen Gewerkschaften beschlossen. Die Bedingungen des Darlehens, bei dem von allem die schnelle Rückzahlung im Falle von finanziellen Notwendigkeiten der beteiligten Länder geregelt wurde, waren leicht festzustellen. Der F. O. B. hat bereits am Tage nach der Sitzung durch Rundschreiben an die angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen die Aufnahme des Darlehens in die Wege geleitet.

Prager Produktendörse. (Ch. Bericht vom 11. Juni). Bei kleinem Besuch blieb das Geschäft an der heutigen Produktendörse minimal. Die Situation, deren Grundlage durch die Unsicherheit in der Frage der festen Zollhöhe gegeben ist, bleibt unverändert. Am Getreidemarkte vermochten Weizen und Hafer bei mäßigem Geschäft ihre Preise zu behaupten. Hafer lag Roggen und sehr flau Gerste. Mais war auch heute wie bereits seit längerer Zeit sehr flau. In einzelnen Getreidearten war verhältnismäßig geringes Angebot, ohne daß dadurch der Markt irgendwie beeinflusst wäre. Die Mehlpreise blieben unverändert. In Futtermitteln wurde Hafer bei fester Tendenz gehandelt, während Stroh sich

Mitteilung aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.



IHRATEM

wird leicht frei und angenehm, der unliebsame Geruch nach Getränken und Rauchen schwindet sofort, wenn Sie täglich mit verdünntem MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN

ALPA

gurgeln, denn es ist das wohlwendste und billigste Mundpflegemittel der Gegenwart. Achtet darauf, daß die Plombe fest geschlossen u. unversehrt ist, wie es bei den Nachahmungen nicht der Fall ist: dies muß beachtet werden, daß Sie keinen anderen bekommen als den echten mit den Namen

ALPA

Überall erhältlich! — Preis K 5.—

behaupten konnte. Auch Gett, sowohl amerikanisches als auch ungarisches, verzeichnet keine Preisveränderungen. Auf den übrigen Gebieten bleiben die dienstägigen Preise nominell in Geltung. Es notierten in K: Weizen böhm. Prag 225—230 K, Roggen böhm. Prag 132—135, Gerste böhm. Merfantil Prag 132—135, böhm. Auswahlgerste Prag 144—152, böhm. Safer feuchter Prag 138—140, böhm. Weißhafer Prag 147—150, Mais jugoslawischer Bratislava 109, rumänischer kleinfrüchtiger Bohumin 113, Cinquantino Bohumin 117, Mohr böhm. 11.50—11.75, Gett amerikanisches Teilschen 15.30—15.50, ungarisches Szob 15.20—15.30. Die übrigen Preise bleiben nominell unverändert im Geltung.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 11. Juni.

Table with exchange rates for various currencies including Dutch, Reichsmark, Swiss, and others.

Der Film.

Das Mädchen aus der Konfektion. Ein deutscher Durchschnittsfilm, der als ein anspruchsloses Unterhaltungsstück zu werten ist. Die Handlung ist flau und ein wenig schablonenmäßig, dafür aber so gebracht, daß sie auf die Kunst des Publikums rechnen kann. Reinhold Schünzel spielt einen Schürzenjäger, der zum Verräter wird, um seine „Blumen“ standesgemäß ausführen zu können, eine Gestalt, der man nie wird so recht glauben können, da Schünzel über den Typ eines reschen Spiechbürgers darstellt. Die kleinen Mädchen (Evi Eva und Illi Flor) aus der Konfektion sind nette Gestalten im Courtois-Mahlerischen Sinne, mit der nötigen Dosis Dummheit und Frechheit eines heranwachsenden Mädchels ausgestattet, und nehmen sich auf der Leinwand sehr gut aus. Eine ganze Reihe von Szenen bemühen sich, den Film mit einer großartigen Geste lebendig zu machen, können aber den Gesamteindruck eines ziemlich einfältigen Stückes nicht verwischen. Da ist zum Beispiel eine vertrackte Baronin, die mit aller Gewalt ihre Tochter (Claire Kommer) unter die Haube bringen will: eine aristokratische Supplerin, welche das eigene Kind an einen reichen Mann verkaufen will. Doch der verdammt Schwiegersohn geht programmgemäß nicht in die Rebe, sondern verlobt sich — wie der Prinz aus dem Märchen — mit dem Mädchen aus der Konfektion, mitten unter den Wäschestücken, die in dem armeneligen Proletarierheim ihrer Mutter herumliegen. Kann man mehr verlangen? S. W. S.

Ein Kamerun-Film. Die Ufa hat im Dezember vorigen Jahres einen Operateur in die Gebiete des ehemaligen Deutsch-Kamerun geschickt, der nun mit reichhaltigem Material zurückgekehrt ist. Er brachte eine ganze Reihe interessanter Bilder von dem Leben auf den dortigen Pflanzungen, dem Treiben der Eingeborenen, sowie Sport- und Kleinerobernahmen mit.

Ein Luft-Film. James Planers werden einen 12-aktigen Film herstellen lassen, der die Schicksale der Flieger aus dem Weltkrieg behandelt wird.

Die Frau im Hermelin, eine Operette von Jean Gilbert, wird von der Firt National mit Corinne Griffith in der Hauptrolle verfilmt werden.

Ruffolini am rechten Platz. In der Irrenanstalt von Montelupo bei Florenz, wo geistig gestörte Verbrecher interniert sind, ist vor kurzem von einer florentiner Firma ein Kino errichtet worden. Nach verschiedenen Feierlichkeiten, wie sie bei den diversen Eröffnungen eben üblich sind, wurde den närrischen Insassen als erstes — Herr Ruffolini in voller politischer Tätigkeit gezeigt. Wäre es nicht angezeigter, er hätte sich an jenem Orte zum längeren Aufenthalt persönlich eingestellt?

Die Prager Verkehrspolizei hat einen Film hergestellt, der anschaulich zeigt, wie man sich auf der Straße bewegen soll und wie nicht, wie sich der Fußgänger, der Tramwaypassagier, der Lenker beim Bolant und der Krischer auf dem Bod bewegen sollen. Der Film wird im Herbst, sobald der Schulunterricht beginnt, in den Prager Kinos zur Vorführung gelangen.

Die heilige Lüge, der bekannte Roman von Karin Michaelis, wird von der Domo als Großfilm auf die Leinwand gebracht werden.

Hänschen, laß Dir die Haare schneiden! Jodie Coogan wächst langsam aus den Kinderschuhen heraus und er ändert daher auch seine Haartracht. Dieses Haarabschneiden wird in dem Metro-Film des obigen Titels im Film festgehalten werden. — hoffentlich aber im Rahmen eines netten Spielfilmes, denn an und für sich könnte diese Geschichte nur recht wenig Interesse abgewinnen.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niekner. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Kunst und Wissen.

Spielplan der Neuen deutschen Theater. Heute Samstag 7 Uhr: Gastspiel Emmy Sturm: Neuenstudiert: „Boccaccio“. Sonntag, halb 3 Uhr nachm. „Brüderlein fein“, „Der Selige“, „Schlimme Buben“, abends 7 Uhr: Gastspiel Sturm: „Boccaccio“

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Samstag Premiere: „Glaube und Subitopf“. Sonntag „Glaube und Subitopf“.

„Die Wildente“ mit Sonit Rainer und Leopold Kramer. Nach längerer Zeit erscheint Jbrens Schauspiel „Die Wildente“ Dienstag, den 15. d. M., wieder im Spielplan. Sonit Rainer, die eben erst von Max Reinhardt nach Berlin engagiert wurde, spielt die Hedwig, den Hjalmar — Leopold Kramer. Die übrige Besetzung der Hauptrollen ist: Gina — Hermine Medelsky, Frau Sörby — Marianne Reid, der alte Werle — Roman Reinhardt, Greger's Werke — Friedrich Hölzlin, Dr. Kelling — Max Liebl, der alte Edal — Josef Renner, Wolwit — Karl Padlejat, Anfang 7 1/2 Uhr.

Turnen und Sport.

Zur Wienfahrt.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband wird nochmals aufmerksam gemacht, daß außer den 13 K Regiebeitrag und Verpflegung, für die Festkarte ohne Quartier 20 K, mit Quartier 30 K für die ganze Dauer des Festes einzuzahlen sind. Ohne Festausweis und separat ausfertigte Bundeslegitimation sowie Mitgliedsbuch gibt es kein Ueberstreiten der Grenze. Die Fahrt nach Wien dürfte nun in fahrplanmäßigen Zügen erfolgen. Die Verhandlungen mit den Eisenbahndirektionen dürften in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen. Fahrgehalt zur sofortigen Ablieferung an den Bezirk bereit halten. Normaler Fahrpreis mit Schnell- oder Personenzug abzüglich 33 1/2 Prozent Ermäßigung. Nähere Direktiven erfolgen rechtzeitig. Alles andere ist geordnet und die genauen Vorschriften erfolgen ebenfalls rechtzeitig. Noch nicht gezahlte Festbeiträge sofort mit Eckscheine oder Postanweisung einsenden! Die Festausweise werden den Vereinen für jene Wienfahrer, die Regie-, Verpflegungs- und Festbeitrag bezahlt haben, in den nächsten Tagen durch die Bezirke zugestellt.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Setz- und Druckmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postfach Nr. 127. 603

Kleine Chronik.

Das Weib mit dem Nordpol.

Aus den Schilderungen der größtenteils skandinavischen — Journalisten, die nach Spitzbergen (Spitzbergen) gereist waren, um an Ort und Stelle über die Expeditionen von Amundsen und Byrd zu berichten, erfährt man jetzt erbauende Angelegenheiten über die Pressenache, mit der diese Expeditionen aufgezogen wurden. Die amerikanischen Korrespondentenbureaus, an die Amundsen und Byrd das ausschließliche Recht der Berichterstattung über ihre Heldentaten verkauft hatten, beziehungsweise die diese Expeditionen mit finanziert hatten, führten auf Spitzbergen den wütendsten Kampf gegen alles, was als Journalist verdächtig war, ohne zu diesen Bureaus zu gehören. Man versuchte, ihnen die Dampfer abzutreiben, mit denen sie die meist über dem Meere stattfindenden Probeflüge beobachteten wollten; man telegraphierte das letzte Schreckwort lediglich, um zu verhindern, daß die freien Journalisten an den Telegraphen kamen, und man schreute selbst vor körperlichen Bedrohungen nicht zurück. Amundsen hatte Ordre gegeben, daß kein Ansehender sich seinem Schuppen auf weniger als drei Kilometer nähern durfte, und norwegische und amerikanische, mit Revolvern und Dolchen bewaffnete Posten sorgten dafür, daß kein „Unbefugter“ diese Grenze überschritt. Einem norwegischen Journalisten, dem es gelang war, sich durch die Abferrung zu schleichen und eine Aufnahme vom Luftschiff zu machen, wurde der photographische Apparat zerhackt. Der Zeitpunkt der Abfahrt wurde streng geheimgehalten, während die offiziellen Ab-

schriftberichte schon vorher den Vertretern der „besahenden“ Presse diktiert worden waren.

Byrd war sehr verlegen, als er von seinem Nordpolflug zurückkam und in aller Öffentlichkeit als Polbezwinger begrüßt wurde — es war nämlich verabredet worden, daß zunächst die offiziellen Telegramme abgehen sollten und erst am nächsten Tage, wenn Amerika durch Byrds Bureau die Nachricht schon bekommen hatte, die Sache öffentlich in Spitzbergen bekannt werden sollte. Hier war es Amundsen, der Byrd den Strich durch die Rechnung machte mit einem feierlichen Empfang, zu dem er seine Journalisten — also Byrds Konkurrenten — geladen hatte. Auch ein Versuch, die staatliche norwegische Radiostation auf Spitzbergen in das amerikanische Monopol einzulassen, war gemacht worden, aber die Beamten hatten das abgelehnt. Böse Zungen behaupten sogar, daß der plötzliche Aufstieg der „Norge“ nicht so sehr aus Wetterrückfichten erfolgt sei, als vielmehr deshalb, weil Amundsen die besten ansehenden Journalisten auf einer Dampferexpedition wußte.

Jedenfalls haben Europas Zeitungsleser, die in ihrer Harmlosigkeit die tropfenweise und verhalten eingetragenen Nachrichten von Amundsen's Fahrt natürlichen Ursprungs zuschrieben, allen Grund, das Profittreiben der amerikanischen Zeitungunternehmungen als maßgebenden Faktor im Nordpolflug zu erkennen.

Die Philosophen.

Der berühmte Fontenelle hatte einst eine Gesellschaft von Gelehrten in seinen Garten zu Gast geladen. Es waren Philosophen, also entspann sich bald ein heftiger Streit zwischen ihnen. Jeder demonstrierte so entscheidend, so unwiderleglich, so

sonnenklar, daß er unfehlbar Recht behalten mußte, wenn nur nicht alle viel zu sehr beschäftigt gewesen wären, ihre Meinung zu beweisen, als daß sie für einen anderen Gehör gehabt hätten.

Nach mehreren schlagelagerten Versuchen, Frieden zu stiften, schlich sich Fontenelle davon; aber nach einigen Minuten kam er mit einer Miene voll Erstaunen zurück und bat seine Gäste, ihm zu folgen; er habe eben eine wunderbare Entdeckung gemacht und sei froh, sie einer so auserlesenen Zahl der schärfsten Denker mitteilen zu können. Er führte sie nach einer großen alafernen Kugel, die auf einem Gestell den ganzen Tag der Sonne ausgelegt gewesen war und die sie, die Kugel zu beschauen. Sie war auf der oberen oder Sonnenseite ganz kalt, aber an der anderen, der Erde zugewandten sehr heiß.

Staunend standen die Philosophen einige Augenblicke, doch dann nahm einer von ihnen das Wort und bedauerte Fontenelle, weil er unfehlbar seinen Garten einbüßen würde, denn es wäre nicht zu verkennen, daß sich ein Vulkan unter ihm bilde, dessen Dipe schon durchbroche. Ein anderer gab eine mathematische Rechnung, die bündig darbot, daß die Sonnenstrahlen, wenn sie auf die Kugel fallen, so gebrochen werden müßten, daß das bewunderte, aber ganz natürliche Phänomen erfolge. Ein dritter war überzeugt, daß die Kugel, wie der warme Mittagwind unter der Kugel durchdringlich sei, alles veranlaßt habe.

Neuer Streit, neue Demonstrationen. Endlich bat Fontenelle, auch seine Erklärung zu hören. Aus Höflichkeit, aber mit heimlichem Spott, forderten die Gelehrten ihn dringend dazu auf.

„Ich habe,“ sagte Fontenelle, „die Kugel umgedreht.“

Mit einem Kleinflugzeug den Mont Blanc überflogen hat der französische Fliegerleutnant Thoret. Trotz starker Wollenbildung in 3000 Meter Höhe, die ihn zu einem großen Umweg zwang, ist Thoret nach Überfliegung der Mont Blanc-Gruppe in einer Flugzeit von 3 Stunden 20 Minuten von Genf aus in Turin angelangt.

Eine Kanone zum religiösen Symbol erhoben hat ein Eingeborenenstamm auf der Insel Batavia, dere auf einer sehr primitiven Entwicklungstufe steht. Die alte von den Portugiesen vor hundert Jahren zurückgelassene Donnerbüchse wird von den Eingeborenen seit Jahren als höchstes Wesen gepflegt und verehrt. Man schreibt der Kanone sogar wunderwürdige Wirkungen zu; so erschließen die überlosten Frauen vor dem antiquierten Kanonenschuß eine zahlreiche Nachkommenschaft und stützen das Bronzerohr, um die Gottheit zu ehren. Der Gouverneur von Batavia hat nun das alte Geschütz abtransportiert und in das holländische Armeemuseum schaffen lassen.

Das größte Flugboot der Welt wird augenblicklich in der Luftschiffhalle von Friedrichshafen von den Dornierwerken für die japanische Regierung hergestellt. Das Riesflugzeug wird nach seiner Herstellung, da es nach den Luftfahrtbestimmungen in Deutschland nicht verwendet werden darf, sofort nach Japan überführt werden. Hundert Personen können in dem ungeheuren Bootsraum untergebracht werden. Das Flugzeug wird durch riesige Dohlflügel getragen, die eine Länge von 70 Metern besitzen. 12 Motoren, in der Gesamtstärke von 5400 Pferdekraften, werden eine außerordentliche Geschwindigkeit erzielen.